

Erscheint jeden Nachmittag
außer Sonntagen.
Abonnementspreis 60 Pfg.
pro Monat in Elberfeld-Barmen,
auswärts 70 Pfg.
Bei der Post unter Nr. 2755
2 Mark pro Quartal.
Eingel-Exemplar 10 Pfg.

Telegraphen-Adresse:
Presse Elberfeld.

Freie Presse.

Haupt-Expedition und Redaktion: Elberfeld, Friedrichstraße 37. — Filial-Expeditionen: Barmen, Parlamentstraße 5. — Remscheid, Kirchhofstraße 1a.

Anzeigen: Die Gekoppelte
Zeitschrift 15 Pfg.
Kleinanzeigen werden nicht auf-
genommen.
Größere Anzeigen-Aufträge er-
bitten wir einen Tag vor
Erscheinen der betreffenden Aus-
gabe, kleinere bis 10 Uhr
Vormittags.

Verantwortlicher 1411*.

Der Centralverband und Posadowsky.

Auf der Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller, welche am Dienstag in Berlin tagte, waren die obersten Kriegsherren des Verbandes, Reichsrath von Haffner (an den Bued den bekannten Brief geschrieben) und Finanzrath Jenke aus „Gesundheitsrücksichten“ nicht erschienen. Es war klar, daß die Bued'sche Briefaffäre nicht übergangen werden konnte. Es hielt deshalb der Landtagsabgeordnete Popelius eine einleitende Ansprache, welche der Sache galt. In dieser Ansprache heißt es, der Centralverband sei mit der Regierung gegangen, wenn es sich handelte um handelspolitische Interessen; er sei gegen die Regierung aufgetreten wenn diese eine Sozialpolitik verfolgte, bei der die Reichsregierung das Hausrecht der Industrie nicht genügend wahrte. Nachdem Herr Popelius den Patriotismus des Centralverbandes gerühmt, fuhr er wörtlich fort:

„Was mich dagegen mit großem Schmerz berührt hat, ist, daß ein hervorragender Vertreter der Reichsregierung unsere Bestrebungen so verkennen konnte, daß er mit einer gewissen Ostentation sich vom Centralverbande abwandte, mit dem er in so vielen Fragen gleicher Anschauung ist. Diese Haltung ist uns ein psychologisches Räthsel.“

Ich habe die Ehre, mit Herrn Grafen v. Posadowsky nun beinahe 40 Jahre bekannt zu sein; ich schätze seine Arbeitskraft, seine Einsicht in die praktischen Bedürfnisse des Lebens, seinen Charakter und seine Ritterlichkeit sehr hoch; es ist ausgeschlossen, daß seine Haltung durch die Angriffe der Sozialdemokraten hervorgerufen wurde, ich nehme jedoch an, daß ein unlauterer Wettbewerb ihm unsere Bestrebungen in einem ganz falschen Lichte beleuchtet hat und er dadurch zu irrigen Anschauungen über den Centralverband gekommen ist.“

Es ist nicht auffällig, daß der Centralverband der Industriellen in der von ihm übernommenen und durchgeführten Vernichtung der Sozialpolitik, selbst der unendlich winzigen Sozialpolitik, der die Regierung geneigt war, eine Bethätigung seines „patriotischen Gefühls“ verkündet. Nur aus patriotischem Empfinden bringt der Scharfmacherverband das „übrigens ganz vernünftige Handelskammergesetz“ zu Fall. Nur aus patriotischem Empfinden mahnt er „das Hausrecht der Industrie“ wider die geringsten Verbesserungen der Arbeiterlage.

Die Sucht nach der Alleinherrschaft läßt den Centralverband jedes klare Sehen vermissen. Er hält es mit Recht für unmöglich, daß Posadowsky aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie seinen bekannten Standpunkt eingenommen, er sieht aber nicht, daß es immer noch eine öffentliche Meinung gibt, die sogar im Auslande viel stärker ist als in Deutschland und der wenigstens einigermaßen der Staatssekretär Rechnung tragen müßte.

Unter dem „unlauteren Wettbewerb“ versteht Herr

Popelius wohl die Thätigkeit des „Verbandes der Industriellen“, der nicht genau dieselbe Politik verfolgt, wie der Centralverband. Haß, Neid und Egoismus, das sind die Eigenschaften, die den Centralverband bei seiner Thätigkeit leiten.

Aber die jetzt leise schmolgenden Centralverbändler wissen, daß ihre Macht nicht von gestern und nicht von heute ist, daß sie vielmehr tief gegründet ist in dem Wesen des gegenwärtigen Wirtschafts- und Regierungssystems. Sie wissen, daß sie auch den Posadowsky, sollte er dem alten Freundschaftsverhältnis irgendwie ernsthafter untreu werden, „klein bekommen werden“.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Februar 1901, 1 Uhr.
42. Sitzung.

Bei sehr leerem Hause wird die Beratung des Antrages Barmann (frei. Vp.) betr. die Aufhebung der Theaterzensur fortgesetzt.

Abg. Barmann (natl.) beantragt Streichung des Absatzes 2, wonach die Censur aufgehoben werden soll auch für die Singpiel- und ähnliche Veranstaltungen gemäß § 33a. Was dagegen die Anregung des Antrages in Bezug auf die wirklich künstlerischen Vorstellungen anlangt, so halte auch er dieselbe für dankenswerth. Dem Abg. Schüller-Meinungen antwortete er auf seine Bemerkung, die Censur sei unverträglich mit den Grundbächen der Gewerbefreiheit, daß diese Ansicht unvereinbar sei mit allen bisherigen Anschauungen in der Literatur, zweitens mit der Rechtsprechung, drittens mit den Anschauungen, die der Reichstag früher selber ausgesprochen habe. Materiell stimme er der vom Abg. Müller an der Censur geübten Kritik zu, namentlich auch in sofern jetzt hier erlaubt sei, was dort unterlag. Das sei ein unwürdiger Zustand. Fraglich sei, ob es nicht positiver Bestimmungen, als der Antrag Barmann enthalte, bedürfe. Mit positiven Vorschriften zur geordneten Regelung der Grenzen der Theaterzensur habe sich ja auch der Abg. Richter bei früherer Gelegenheit einverstanden erklärt. Also: positive Schranken für die Polizei, Bestimmungen über die Voraussetzungen, unter denen ein Stück verboten werden könne. Er beantrage Verweisung an eine Kommission.

Abg. Roeren (Centr.) erklärt, er sei nichts weniger als ein Freund der Censur, wie sie jetzt gehandhabt werde. Aber seine Bemängelungen der Censur bewegen sich in anderer Richtung. Er nehme gegen den Antrag das Wort, weil er nicht die Censur selbst, sondern nur ihre gegenwärtige Handhabung beseitigen wolle. Auch werde sicher keine der beteiligten Regierungen in ihrem Verantwortungsgefühl ganz auf das Censurrecht verzichten wollen und können. Redner führt weiter aus, daß die Einzelstaaten zu der Theaterzensur durchaus berechtigt seien, wogegen das Reich auf diesem Gebiete unzulässig sei. Die Gewerbefreiheit, die Zulassung zu einem Gewerbe werde durch die Theaterzensur gar nicht berührt. Der Antrag sei ein Eingriff in die Rechte der Partikularstaaten. Der Hauptfehler der Censur sei nicht der, daß Manches gestrichen wurde, was hätte passieren können, sondern der, daß Vieles nicht gestrichen wurde, was hätte gestrichen werden müssen. (Rufe im Centrum: Sehr richtig!) In den Varietés komme an Kleidungen, Bewegungen und Darstellungen so viel das Schamgefühl Verletzende vor, daß man nicht begreife, wozu denn eigentlich die Censur da sei, wenn sie so etwas dulde. Redner exemplifiziert insbesondere wieder auf die „Dame von Maxim“.

Abg. Bachmiche (fr. Vg.) bemerkt, für ihn sei nur der Art. 4 der Reichsverfassung maßgebend, welcher bejage: Der Ausschüttung seitens des Reiches unterliegen die Gewerbetreibende. Und

zu diesen gehörten doch zweifellos die Theater. Auch seine Freunde wollten die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit schützen, nur durch ein besseres Mittel als die Theaterzensur. Die Censur bleibe unveränderlich, denn sie bleibe das System des politischen Lebens. Das Gekoppelte-Zweideutige gehe durch, aber wo Rücksichtlichkeit, Gutsbefehl und Pastoren austreten, werde der Censur ungemüthlich. Der Censur sei da zum Schutze der Gesellschaftsklassen und zur Schonung von Parteien. „Die ganze Richtung paßt uns nicht!“ Auch die Prezensur sei gefallen, ohne daß die diffusen Prophezeiungen in Erfüllung gegangen seien. Ein Volk, das keine Prezensur habe, bedürfe auch keiner Theaterzensur.

Abg. Homburg (kon.) erklärt, seine Freunde seien formell und materiell Gegner des Antrages. Sie würden auch gegen eine Verweisung desselben an eine Kommission stimmen.

Abg. Stadthagen (soz.): Wer überhaupt eine Censur will, muß auch ihre Mängel in Kauf nehmen. Als prinzipieller Censuranhänger hätte Herr Roeren eigentlich gar keinen Grund, sich über Fehler zu beschweren, die vorgekommen sind.

Sie sind der Meinung, daß solange eine Censur besteht, Fehler unvermeidlich sind. Seht sich doch der Censur eine Aufgabe, die gar nicht zu erfüllen ist. Der einzige Censur ist das Publikum, ist die Kritik. Herr Stadthagen freilich möchte womöglich alles polizeiwidrige Denken verbieten. Dabei berief sich Herr Stadthagen noch auf Goethe und behauptete, dieser würde sich im Grabe umdrehen, wenn er höre, was heute unter Kunst verstanden wird. Ich weiß nicht, woher Herr Stadthagen seine Kenntnis von der augenblicklichen Körperlage Goethes bezogen hat (Großes Gelächter). Ich schwärme nicht für den Goethebund, in dem sich Leute befinden, die sich vorher um das öffentliche Leben nicht bekümmert haben; aber darin stimme ich mit dem Goethebund überein, daß Kunst und Wissenschaft frei sein müssen.

Herr Stadthagen wandte sich mit besonderer Schärfe gegen Dadel. Herr Dadel ist ein ausgesprochener politischer Gegner der Sozialdemokratie; aber vor seiner wissenschaftlichen Bedeutung und seinem Wahrheitssehr habe ich größte Achtung. Ich achte vor allem sein mannhaftes Auftreten gegen die Volksverdummung, die den Menschen verhindern will, nach der Wahrheit zu streben. (Rufe rechts: lauter.) Nein, meine Herren, eine solche Gesinnung, die diesem Streben entgegensteht, ist nicht lauter. (Stärker. Weiterkeit.) Es ist die Gesinnung, wie sie sich in der Censur äußert, mag der Censur Dummheit oder sonstwie heißen. Nach Ihnen soll die Kunst nichts anderes sein, als die Magd der Kirche und der herrschenden Klasse.

Herr Roeren sprach von Schamlosigkeit, die in Spezialitätentheatern aufgeführt werden. Er hätte sie näher bezeichnen sollen. Ich frug einmal einen Bekannten, was er denn Unsitte am Ballet sehe. Er meinte darauf: ja, es sei gar kein Unterschied zwischen einer Balletdame und einer Posadame auf einem Ball oder einer Dame, die ins Bett steige. (Gr. Weiterkeit.) Wie es Leute gibt, die in der Censur, das Schamlose mit dem höchsten sittlichen Ernste zu betrachten, so gibt es andere Leute, die das Gleichgültigste nicht ohne schamlose Gesinnung ansehen können und die daher glauben, etwas Schamloses gesehen, von anderen nichts dergleichen gesehen haben. Lassen Sie eine solche Phantasie zu Hause, wenn Sie ins Theater gehen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Herr Roeren führte Bebel an, hat ihn aber ganz falsch verstanden. Bebel hat sich gegen die Heuchelei der herrschenden Klassen gewandt, die den Arbeitern Sittenlosigkeit predigen, während sie selbst Sittenlosigkeit üben.

Die Sache liegt heute so, daß die Klagen über Unsitte auf der Bühne von Leuten ausgehen, die selbst eine verdorbene Phantasie haben und diese daher auch bei Anderen voraussetzen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Eine Sittlichkeit, die nach Außen sich bemüht, zu erörtern, aber sich innerlich freut, kann uns nicht imponieren. Nur aus diesem Geiste heraus kann ich es mir auch erklären, daß durch die finstere Macht der Polizei die Macht der Finsternis verboten worden ist.

Wurden Sie die Dame fortgeschickt und ihr gesagt haben, ich lasse mich in ein so schlechtes Geschäft nicht ein? In diesem Falle würde die Dame sich an ein anderes Privat-Detektiv-Institut wenden und dort wahrscheinlich ein ihren Wünschen entsprechendes Resultat erzielen. Ich habe deshalb die Dame nicht fortgeschickt, sondern ihr Geld angenommen. Ich werde meinem Versprechen gemäß alle Mittel aufbieten, um mich über die Gouvernante genau zu unterrichten, und dann, wie ich überzeugt bin, nach einiger Zeit der Dame zu ihrer gewiß nicht angenehmen Ueberraschung berichten, die Nachforschungen hätten ergeben, daß das junge Mädchen einen makellosen Lebenswandel geführt habe.

Thun Sie, was Sie wollen, aber lassen Sie mich mit Ihren Fragen ungeschoren. Ich habe Ihnen schon zu viel Zeit gewidmet, kommen Sie endlich zu der Sache, die Sie zu mir geführt hat.

Ich bin mitten darin! Die Dame, die mich heute Morgen besucht hat, ist Frau von Funk, und die Gouvernante, um die es sich handelt, Fräulein Clara Müller, Ihr früheres Mündel!

Der Justizrath war sehr stolz auf die Selbstbeherrschung, die er auch in den schwierigsten Fällen zu beweisen wußte, in diesem Augenblick aber ließ sie ihn vollständig im Stich. Die jähe Ueberraschung übermannte ihn, er zitterte vor Aufregung, als er, aus seinem Armstuhl aufspringend, Lemmers am Arme packte und dann die Worte hervorpolterte: Frau von Funk? Mein Liebling Clara? Welche Teufels-Intigue braut sich da zusammen? Reden Sie, Unglücks Mensch, sagen Sie mir alles!

Deshalb bin ich zu Ihnen gekommen, Herr Justizrath, erwiderte Lemmers sehr ruhig, mit einem Lächeln auf den Lippen den aufgeregten alten Herrn betrachtend. Es verhält sich alles genau, wie ich gesagt habe. Frau von Funk glaubt, daß Fräulein Müller schon seit längerer Zeit, wahrscheinlich in Ihrem Hause, in ein zärtliches Verhältnis zu Ihrem Neffen, dem Freiherrn Wolfgang Brandt von Brandenberg getreten ist, sie wünscht darüber von mir zuverlässige Auskunft.

(Fortsetzung folgt.)

Aus eigener Kraft.

Roman von Adol. Streckfuß.

(Nachdruck verboten.)

58) (Fortsetzung.)

Sie wollen mich sprechen, Lemmers, obgleich Ihnen gesagt ist, daß ich mich bei einer dringenden Arbeit nicht stören lassen wollte? Es muß also wohl etwas recht Wichtiges sein. Schreiben Sie los. Betrifft die Sache Ihr Kunstst-Bureau?

Ja, Herr Justizrath. Dann hätten Sie mich lieber ungeschoren lassen sollen; Sie wissen doch, daß ich diese Privat-Detektiv-Institute nicht ausstehen kann.

Ein Schatten flog über das faltige Gesicht des Herrn Lemmers, ein schmerzliches Zucken um seinen, von dem mächtigen Schnurrbart fast verdeckten Mund.

Ich weiß, daß ich bei Ihnen in Ungnade gefallen bin, seit ich das Institut gründete. Ich wußte das vorher. Als Sie sich damals des fassierten Criminalkommissarius annahmen, als Sie mich trotz des Makels, der ohne meine Schuld auf meinem Namen ruhte, in Ihr Bureau aufnahmen, da haben Sie mich vor dem Tode gerettet. Ich wurde Ihr Schreiber im Bureau. Ich hätte Ihnen so gern durch meinen Dienst gedankt, aber was konnte Ihnen der elende Schreiber mit seiner fast maschinenartigen Arbeit nützen? Ich fühlte, daß ich mehr leisten könnte; ich hielt es in der untergeordneten Stellung, die mir keine Zukunft bieten konnte, nicht mehr aus; da kehrte ich zu meinem alten Metier zurück. In den Polizeidienst konnte ich nicht wieder treten, da gründete ich mein eigenes Privatdetektivinstitut. Ich habe es noch nie bereut, wenn es mich auch tief schmerzt, daß Sie mir darüber zürnen; denn glauben Sie mir, Herr Justizrath, die Dankbarkeit dafür, daß Sie mich einst aufgenommen haben, als alle Welt sich von mir abwandte, werde ich nie vergessen.

Weichen Sie mir mit Ihrer Dankbarkeit vom Halse. Ich habe Ihnen damals geholfen, weil ich Sie für einen ehrlichen, ohne Verschulden ins Unglück gerathenen Kerl hielt. Deshalb schmerzte es mich, als Sie zu Ihrem jetzigen Gewerbe griffen.

Und nun höre ich gar, daß Ihr Institut eines der schloffensten von allen sein soll. Man erzählt von Ihnen erbauliche Geschichten. Sie sollen brillante Geschäfte machen, drei Ehescheidungen in einem Jahre haben Sie bewirkt!

Ganz recht, und ich bin stolz darauf. Zwei Frauen, die auf Niederträchtigkeit von ihren Männern behandelt, und einem Manne, der von seinem schamlosen Weibe schändlich betrogen wurde, habe ich zu ihrem vollen Rechte verholfen.

Aber mit welchen Mitteln haben Sie Ihr Ziel erreicht? Man sagt, daß Sie falsche Zeugen aufgebunden haben, um die Untreue der von Ihnen Spionen verfolgten Männer zu beweisen.

Wer kann das beweisen? Es sind lächerliche Gerüchte, die ausgebreitet worden sind von jenen Palunken, die sich gern als schuldlose Opfer hinstellen möchten. Freilich darf bei der Polizei, sowohl als Staatsbeamter, als auch als Privatdetektiv, man nicht allzu peinlich in der Wahl der Mittel sein. Mundus vult decipi, ergo decipiat.

Ein schneidender Grundfalsch. Dann betrügen Sie also die, die sich vertrauensvoll an Sie wenden!

Betrogene Betrüger! Oder vielmehr Betrüger, die sich selbst betrügen, denn ich sage ihnen niemals, daß ich für sie irgend eine Schurkerei, die sie mir zutrauen, begehen will. Ich kann dadurch sehr viel Unheil verhüten und oft recht Gutes wirken. Da kommt z. B. heute Morgen eine sehr vornehme Dame zu mir, um meinen Dienst in Anspruch zu nehmen. Sie hat für ihre Tochter eine Gouvernante angenommen, ein vortreffliches Mädchen, jetzt möchte sie die Gouvernante gern wieder los sein, aus welchem Grunde, sagt sie nicht, aber sie kann ihr nicht ohne Weiteres kündigen oder sie ohne Grund fortschicken, weil das junge Mädchen von Verwandten der Dame protegirt wird. Es soll ein triftiger Grund gefunden werden, und zwar ein möglichst standesloser, und den soll ich finden, etwa daß die Gouvernante früher einmal einen Diebstahl begangen, oder daß sie sich in frivole Liebesabenteuer eingelassen hat u. s. w. Die Dame deutet an, sie spricht es nicht offen aus, daß sich ja wohl, wenn auch nicht absolute Beweise, doch vollständige Verdachtsgründe gegen das junge Mädchen aufreihen lassen würden, wenn zu diesem Zweck kein Geld aufgebracht werde. Nun, Herr Justizrath,

Defensoren haben wir uns zu beklagen, daß den Arbeitern gegenüber eine besondere Moral geführt werde. Bei Arbeiterfesten werden keine freizeitlichen Aufführungen geduldet. Freiheit ist unsittlich, sagt der Censur. Der neue Welt-Kalender ist, weil sein Inhalt in sittlicher und religiöser Beziehung Anstößigkeiten enthalte, zur Gekloppe verboten, ebenso die von tiefer Begeisterung und hoher Sittlichkeit erfüllte Schrift Eisers über Liebesdienst.

Das Centrum liebt nur solange die Freiheit, als es sich in einer unbedingten Minorität befindet. Auch mit der beschränkten Censur, die nur dann einschreiten will, wenn die Aufführung den Charakter eines satirisch verbotenen Delictes in sich schließt, kann ich mich nicht einverstanden erklären.

In das innere Gefühl des Einzelnen hat der Censur nicht eingegriffen. Unsere Rechtsordnung hat sich nur mit dem äußeren Verhalten der Menschen zu befassen; sonst wird nichts als Dechelei provoziert. Denken Sie so gering vom Künstler, daß Sie meinen, ohne die Schranken der Censur würde er zum Gemeinen übergehen; dann müssen Sie sehr niedrig vom geistigen Schaffen denken. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Kisten sich gegen Wissenschaft und Kunst, aber der Kulturwagen wird sich Sie hinweggehen. — Die Polizei ist ebenso wenig dazu geeignet, die Censur auszuüben, wie Morde zu verhindern. Sie sieht ihre Aufgabe nur darin, die Menschen abzuwehren von ersten künstlerischen Stößen durch die Schamlosigkeit, die sie erlaubt. (Sehr gut! b. d. Soz.) — Der Kampf gegen die Theaterzensur ist ein Teil des Kampfes um die Freiheit der Kunst. Er wird nicht von heute auf morgen entschieden werden, aber einst wird kommen der Tag, wo die heilige Dios hinstürzt! — wo die hochwohlwollende Polizei und die von Ihnen (nach rechts) hochverehrte Gesellschaft, mit ihr fallen wird. (Leb. Bravo! b. d. Sozialdem.)

Darauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Etat der Justizverwaltung, des Reichsanwaltes etc.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Uebersicht.

Nonkonfessionelle Schulaufsicht. Durch die Einführung des Schulaufsichtsgesetzes wahrte sich der Staat die ihm zukommenden Hoheitsrechte in der Volksschule. Die Einrichtung der hauptamtlichen Kreisschulaufsicht, ausgeübt durch die sogenannten weltlichen Kreisschulinspektoren, war die Folge. Die Schulinspektoren erhielten aber einen paritätischen Charakter, indem den neuen Aufsichtsbeamten sämtliche Schulen ihres Bezirkes, ob evangelisch, katholisch oder jüdisch, unterstellt wurden. Die Einrichtung hat sich auch in der Praxis bewährt. Bedauerlicherweise hat aber der Staat zur Zeit der „liberalen Aera“ von seinem Recht nur einen verhältnismäßig geringen Gebrauch gemacht, indem die überaus große Mehrzahl der Kreisschulinspektoren heute noch von Geistlichen im Nebenamt verwaltet wird. Die Geistlichkeit betrachtet aber vielfach die Volksschule als eine Dienerin der Kirche und als ihre ureigene Domäne. Sie findet dabei in dem Centrum und den Konfessionen die treuesten Bundesgenossen. Die Regierung muß so heißt es in einer „liberalen offiziellen Notiz“, jede Kreisschulinspektionsstelle mit den zur Zeit herrschenden reaktionären Parteien besetzen. Im vergangenen Jahre wurden bekanntlich fünf neue Stellen abgelehnt; in diesem Jahre werden acht Stellen gefordert. Dabei scheint aber der Kultusminister Staudt, die bisher betretenen Bahnen verlassen zu wollen; denn es werden für den Kreis Bochum zwei Kreisschulinspektoren, ein katholischer und ein evangelischer, verlangt. Es soll also hier in die seit Jahren bewährte paritätische Schulaufsicht eine Bresche gelegt werden, was selbst unter Jedem nicht geschehen ist. Selbst die „Köln. Ztg.“ meint, es dürfte das zu recht unliebsamen Konsequenzen auf dem Schulgebiet führen, aber auch für andere Verwaltungsgebiete von verderblichen Folgen sein. — Die „Köln. Ztg.“ hat aber leider gar zu oft in das Geheul der reaktionären Wölfe mit eingestimmt.

Deutschland.

b. Berlin, 6. Februar.

Eine Sittlichkeitsdebatte.

Der Reichstag sah heute das Gespenst der Leg. Heinze aus dem Grabe entsteigen. Wieder wurde die „Amoral“ vor die Schranken gerufen, wieder feierte das Bananen- und das Pfaffenhumor seine Orgien; wieder sieht Herr Boeren an der Spitze einer schwarzen Gewaltherrschaft von Junkern, konfessionellen und geistlichen Pfaffen für das, was er Tugend, Moral, gute Sitte, Anstand nennt.

Der freisinnige Antrag Bergmann betr. Aufhebung der Theaterzensur entfaltete an dem heutigen, wie schon an dem vorigen „Schwermstage“ eine lebhafteste Debatte, der wiederum am Bundesrathstisch nur ein einsamer Geheimrath beizuwohnen für gut befand.

Erster Redner des heutigen Tages war der national-liberale Führer Bassermann. Seine Rede, der es nicht an einigen guten Partien und glücklichen Wendungen fehlte, war doch im Grunde ein fortgesetztes „Wenn“ und „Aber“. Er wünscht Commissionsberatung, die aber den Konfessionen und Ultramontanen nicht paßt, sie wollen den Antrag kurzerhand ablehnen.

Die Redner der Linken traten natürlich für den Antrag ein. Dr. Bachmann von der freisinnigen Vereinigung wies darauf hin, daß Staaten, wie Hamburg und Braunschweig, den Beweis dafür erbringen, daß man selbst in Deutschland ohne Censur auskommen könne.

Eine gründliche Abrechnung mit der Theaterzensur, mit der Pruderie und der Dechelei hielt in einer einfindigen, humoristisch-satirischen Rede Genosse Stadthagen. Unser Fraktionsredner ließ die Geißel des Spottes auf dem Rücken jener Herren tanzen, die aus ihrer verdorbenen Phantasie heraus, die sie natürlich auch bei anderen voraussetzen, nach dem Censur, nach der Polizei und der Knebelung der Kunst schreien. Ein Aristophanes, meinte Stadthagen, würde uns noththun, der wie jener alte Athener mit souveränem Spott unsere literarischen und politischen Zustände geißelte; aber unsere literarischen und politischen Zustände geißelte; aber die Censur, sagte er sofort unter großer Heiterkeit hinzu, würde seine Stücke nicht zur Aufführung gelangen lassen.

Mit Stadthagens Rede schloß die heutige Sitzung. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf den nächsten Schwermstag vertagt; morgen kommt wieder das Ressort des schweigsamen Herrn Lieberding, der sich heute nicht hat blicken lassen, das Reichsjustizamt, an die Reihe.

b. Im Abgeordnetenhaus fliehen die Kan-Reden munter weiter. Heute ist der dritte Tag der Beratung gewidmet worden, morgen wird ein vierter folgen und es ist sehr fraglich, ob der morgige der letzte sein wird. Viel Ersprießliches und namentlich viel Neues kommt bei dem vielen Gerede natürlich nicht heraus. Der Meinung scheint auch die Mehrzahl der Abgeordneten zu sein. Denn von den 300, die am ersten Verhandlungstage zugegen waren, fehlte heute mehr als die Hälfte. Auch die Tribünenbesucher verflüchtigen sich

allmählich. Es war schon viel Platz da oben. Am Ministerisch ist es noch verhältnismäßig am vollsten. Der Minister von Thielens, von Miquel und Freiherr von Hammerstein halten mit bewunderungswürdiger Ruhe aus, greifen auch ab und zu in die Debatte ein oder versehen ihre Kommissare mit Instruktionen.

Die Zahl der Gegner des Brodwuchers ist nicht groß, so behauptet die „Köln. Zeitung“ und beweist damit aufs Neue, daß für sie die große Masse des arbeitenden Volkes nicht zählt. Das Bülow'sche Blatt bespricht die Haltung der Agrarier zur Kanalvorlage und bemerkt darin: „Er (Bülow) hat ihnen wiederholt und in der nachdrücklichsten Form eine wesentliche Zollerhöhung für die Getreide-Einfuhr zugesichert. Daß dieses Versprechen unter allen Umständen eingelöst werden wird, dafür bürgt die eine Thatsache, daß nahezu alle Parteien, und daß alle größten Parlamente im deutschen Reiche sich für eine solche wesentliche Zollerhöhung ausgesprochen haben. Die Zahl der Gegner dieser Maßregel ist in der That nicht groß. Sie würde auch äußerlich noch geringer hervortreten, wenn nicht manche Kreise es für taktisch richtig hielten, den Uebertreibungen gewisser agrarischer Heher gegenüber ein entgegenstehendes Gegengewicht zu schaffen.“

Zu letzter Kategorie rechnet sich die „Köln. Zeitung“ offenbar selbst. Darüber braucht man sich nicht mehr zu wundern, nachdem wir bereits gestern mittheilen konnten, daß der Reichsminister vor seiner Erklärung im Abgeordnetenhaus sich der Zustimmung der Großindustriellen versichert hatte. Interessant für uns ist besonders die freche Aeußerung, daß die Zahl der Gegner des Brodwuchers nicht groß sei. Das sagen diejenigen, bei denen sich die Regierungsmänner ihren Rath holen! — Die Arbeiter Rheinlands werden durch eine schleunige, umfangreiche Protestbewegung dafür sorgen, daß die dreifachen Lagen des Kanzerblattes gebührend gebrandmarkt werden.

Gewerblicher Kindereschul. Bekanntlich ist vor einiger Zeit auf Grund der Ergebnisse einer vorher veranstalteten Erhebung im Reichsamt des Innern der Entwurf zu einer Ausdehnung der Kindereschulvorschriften auf die Hausindustrie aufgestellt. Der Staatssekretär Graf von Posadowski hat im Reichstage erklärt, daß dieser Entwurf in der Form eines Gesetzes gehalten sein müßte, weil nunmehr auch das Verhältniß der Eltern zu ihren Kindern geregelt werden sollte, daß dem aber die obige Bestimmung der Gewerbeordnung entgegenstehen würde. Dazu bemerken die „A. P. N.“

Man wird deshalb zunächst erwarten müssen, daß der in Rede stehende Gesetzentwurf eine entsprechende Aenderung des § 154 Abs. 5 der Gewerbeordnungs-Novelle von 1891 enthalten wird. Des weiteren dürfte der Entwurf die Grenze, von der ab die Eltern die eigenen Kinder beschäftigen dürfen, auf das zehnte Lebensjahr setzen, während die Grenze für andere Kinder um ein paar Jahre höher normirt werden soll.

Wann werden die verbündeten Regierungen gegen die übermäßige Ausbeutung der Kinderarbeit durch landwirtschaftliche Unternehmer gesetzgebend vorgehen?

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte heute Minister Preßler, daß von der Regierung eine Aenderung des Vorfalles oder die Aufhebung des Vorfalles nicht beabsichtigt ist.

d. Die von der Spielhagenbankenkrisis in erster Linie in Mitleidenschaft gezogene Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekendarlehen, eine Tochtergesellschaft der Preussischen Hypothekendarlehenbank und der Deutschen Grundschuldbank, hat heute auf den Wunsch ihrer Aktionäre eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, da zu befürchten steht, daß die Hälfte des Aktienkapitals verloren sei. Zur endgültigen Feststellung der Geschäftslage der Gesellschaft wurde eine aus acht Personen bestehende Revisionskommission eingesetzt. Von den Ermittlungen derselben wird es abhängen, ob eine außergerichtliche Liquidation empfehlenswerth erscheint oder ob ein Konkurs unvermeidlich ist.

Byzantinische Lügen und historische Wahrheit. In den der verstorbenen Königin Viktoria gewordenen byzantinischen Klagen ist n. A., wie wir schon berichteten, behauptet worden, sie sei vor Gram gestorben, weil ihre lange „Friedensregierung“ durch die Unglücksfälle in Südafrika einen so düsteren Abschluß gefunden habe. Wie war es in Wahrheit um diese „Friedensregierung“ bestellt? Am 20. Juni 1837 bestieg Viktoria den Thron von England. Seitdem, im Verlaufe von 63 Jahren, hat dieses England in nicht weniger als 82 Kriegen gekämpft, die unberechenbare Opfer an Gut und Blut gekostet haben. Das fürchterliche Resultat einer Weltpolitik, die nur mörderische Bahnen wandeln kann. Wenn das Herz der Viktoria danach geartet gewesen wäre, vor Gram über die massenmörderische, das Menschthum schandende Politik ihrer Minister zu brechen, sie wäre nicht alt geworden, diese Königin. Es fällt uns nicht ein, sie in erheblicher Maße persönlich verantwortlich zu machen für alle jene Kriege; aber es darf nicht geduldet werden, daß elende Servilität ihre „Regierung“ in eine „Friedensregierung“ umflüßt.

England.

d. London, 6. Febr. Das Kriegsamt veröffentlicht eine Verfügung, durch welche die Aushebung von Freiwilligen in sämtlichen Armee-corps angeordnet wird. Der Artikel 17 dieser von Roberts unterzeichneten Verfügung bestimmt, daß jeder Soldat 50 Patronen gewöhnlichen Modells und 35 des Modells Nr. 4 (Dum-Dum-Patronen) erhält. Die Offiziere werden für den Revolver ähnliche Explosiv-Geschosse erhalten, mit denen während der Fahrt nach Kapstadt Versuche angestellt werden sollen. Die Verfügung bestimmt außerdem eine ärztliche Untersuchung der Rekruten zur Feststellung etwaiger organischer Fehler, die sie unfähig machen, am Kriege theilzunehmen.

Parlamentarisches.

k. Budget-Kommission. In der Mittwoch-Sitzung der Commission begründete zunächst Graf Oriola (nl.) die Resolution, wonach der Reichstag auf Grund der Erklärung des Herrn Reichs-Langlers über die Abänderung des Invalidengesetzes die betreffende Vorlage für die China-Kriegs zur Zeit ablehnt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dann wurde die gestrige Debatte fortgesetzt, die sich an die Regelung der verschiedenen Titel der Einnahmen aus dem Telegraphen- und Telephonwesen, aus der Beförderung von Zeitungen und Briefen z. geknüpft hatte. In der Sache selbst wurden keine Beschlüsse gefaßt. Die Einnahme-Titel wurden alsdann ohne weitere Debatte genehmigt. — Beim Titel: Gehalt des Staatssekretärs kam der Abg. v. Jagdzewski (Pole) auf die Verhandlungen des Reichstages über die bekannte Polen-Interpellation zu

sprechen, brachte die Verordnung des Staatssekretärs über die Behandlung polnischer Briefe mit polnischen Adressen zur Sprache und wünschte in derselben einige Abänderungen zu Gunsten der polnischen Bevölkerung. Von den Rednern sämtlicher Parteien wurde erklärt, daß der Staatssekretär in dieser Verordnung die äußerste Grenze dessen erreicht habe, was die Polen wünschen könnten; wenn die Polen, wie der Abg. v. Jagdzewski zugegeben hatte, jetzt demonstrativ sich polnischer Adressen bedienen, weil sie durch die Nationalisirungs-Maßregeln der preussischen Regierung sich bedrückt fühlen, so müßten sie sich auch gefallen lassen, daß von der Post nicht zu lesende Adressen auf dem durch die Verordnung des Staatssekretärs vorgeschriebenen Wege zur Klarstellung gebracht würden. Mehrlichen Maßregeln müsse sich Jeder auch im übrigen Deutschland unterwerfen, der es unterlasse, seine Postsendungen in der von der Post vorgeschriebenen Weise zu adressieren.

Damit wurde die Debatte geschlossen.

Die sozialdemokratischen Leichenbegängnisse und die Polizei.

Die Vorlesungen auf dem reformirten Kirchhof bei Gelegenheit der Beerdigung des Genossen Heiderhoff führten bekanntlich zu einer spontanen Protestkundgebung in der am nächsten Tage stattgefundenen Verammlung des Sozialdem. Volksvereins. Von dieser Protestkundgebung soll die Polizeiverwaltung wenig erbaut sein und sogar an „Folgen“ denken. Wäre es nicht richtiger, wenn die Polizeibehörde zunächst einmal ernstlich an die Ursachen der Protestkundgebung denken wollte?

Der Sozialdem. Volksverein ist in den letzten zwei Jahren leider in die betrübende Lage verfallen gewesen, so manches seiner Mitglieder zu Grabe geleiten zu müssen. Früher war es gestattet, daß ein Gesangsverein am Grabe ein Grablied singen und die Fahne des Soziald. Volksvereins auch auf dem Rückwege entfalteten konnte. Obwohl nun niemals in Folge dieser Thatsache etwas vorgekommen ist, was der Polizei Veranlassung zum Einschreiten geben konnte, wurde Beides im Laufe der Zeit verboten. Der Soziald. Volksverein wurde also gegenüber anderen Vereinen ohne den geringsten Grund ausnahmsweise behandelt. Die goldgestickte Fahne mit rotschwarzem Untergrunde ist eine Ueberschreitung des Laffall'schen „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“. Auf der Fahne befindet sich ein Bienenkorb, das Zeichen des Fleißes und der Solidarität, sowie zwei in einander gelegte Hände mit der Umschrift: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Das ist das staatsgefährliche Banner, das am Grabe eines verstorbenen Freundes nicht mehr entfalteten durfte! Ähnlich so verhält es sich mit den Grabliedern, die früher bei Beerdigungen gesungen wurden.

Es ist klar, daß ein so unmotiviertes Verbot die Entfaltung der davon Betroffenen hervorruft. Aber die Parteigenossen fügten sich, sie, die „Unzufriedenen“, wußten die Stätte der Pietät besser zu würdigen als die Polizei, welche letztere, trotzdem sich nicht das Geringste ereignete, was selbst vom Standpunkt der Polizei deren Anwesenheit bedurfte hätte, zu einem jeden Begräbniß eines Parteigenossen ein starkes Aufgebot Polizeimannschaften unter Führung eines Kommissars stellte. Polizeibeamten waren am Sterbehause, Polizeibeamten begleiteten den Leichenzug, die meisten Polizeibeamten aber waren immer auf dem Friedhofe, theils am Grabe, theils hinter den Bäumen und Sträuchern oder in der Halle postirt. Kein der Zug auf dem Friedhofe an, so postirte sich der am Grabe wartende Führer der Polizei jedesmal mitten auf den Weg, warf den Kopf in den Nacken und spähte nach dem Zuge aus, gerade als ob eine feindliche Kavallerieabtheilung zur Attacke im Anzuge sei. Das alles hat die Theilnehmer an den Begräbnissen ungeheuer erbittert und in der „Freien Presse“ haben wir wiederholt auf die Ungehörigkeit und Ueberflüssigkeit des polizeilichen Vorgehens aufmerksam gemacht. Die Polizei hat sich nicht daran gestört, sie hat den doch so begreiflichen Mißmuth unserer Parteigenossen — und nicht allein dieser — unbeachtet gelassen.

So auch bei dem Begräbniß des Genossen Hüttenberger. Auf die erste Bewegung des Fahnenträgers zur Entfaltung der Fahne, erhob sich mit raucher Stimme das Kommando: „Das Entfalten der Fahne ist verboten!“ Stumm fügte sich die Anwesenden, sie blieben auch dann stumm, als sofort nach dem Zurückgehen vom Grabe dasselbe Kommando noch einmal erfolgte, jetzt ohne daß der Fahnenträger irgend welche Anstalten zum Entfalten der Fahne getroffen hätte. Zwei Polizeibeamte, der eine rechts, der andere links der Fahne, begleiteten dann den ruhig daherschreitenden Zug nach dem Lokale, wohin die Fahne gebracht wurde.

Alle diese Umstände hatte die Parteigenossen auf das höchste erbittert. Diese Erbitterung kam dann zwei Tage später bei dem Begräbniß Heiderhoffs insofern ganz spontan zum Ausdruck, als auf das Kommando: „Ich verbiete das Entfalten der Fahne!“ der Fahnenträger, im Bewußtsein, daß das Verbot ungerechtfertigt ist, demselben keine Folge leistete und die umstehenden Genossen sich dicht um ihre Fahne scharrten. Der Polizeikommissar unterließ vernünftigerweise die Anwendung von Gewalt am Grabe. Aber in Harnisch wurden die genannten anwesenden Polizeibeamten doch gebracht und was die Theilnehmer an dem Begräbniß noch besonders empörte, war der Umstand, daß das große Kirchhofsthor mittlerweile geschlossen worden und daß einige Polizeibeamten sich beleidigende Ausdrücke gegen unsere Genossen bedienten.

Der lang verhaltene und an dem betreffenden Tage aufs höchste gesteigerte Groll kam nun am folgenden Tage in der Verammlung plötzlich zum Ausbruch. Schneideheften waren es gewiß nicht, welche da die Polizei zu hören bekam, aber noch einmal: die Polizei sollte an die Ursachen dieser derben Kritik denken und aus der Geschichte lernen, daß die Sozialdemokraten keine Drahtpuppen, sondern denkende und fühlende Menschen sind, anstatt sich mit den „Folgen“ zu beschäftigen, die ja doch nur das Vorstehende bestätigen und mit einer moralischen Niederlage der Polizei enden können. Die in Frage kommenden Parteigenossen werden auf alle Fälle diesen etwaigen „Folgen“ mit der größten Seelenruhe entgegensehen.

Wie schon angedeutet, hat der Polizei-Inspektor umfangreiche Untersuchungen in der Sache angestellt, welche sich auch darauf beziehen, in wie weit die Polizeibeamten sich haben Unehörlichkeiten zu Schulden kommen lassen. Die beleidigenden Aeußerungen von Polizeibeamten sollen, sofern dieselben wirklich gefallen seien, ernstlich gerügt werden. Ferner hat der Herr Polizei-Inspektor dem Vorstand die Zustimmung gegeben, daß, sofern die Fahne wirklich nicht roth sei und die Kirchhofsbeförderung es zugebe, dieselbe in Zukunft am Grabe entfalteten werden dürfe, nicht aber auf dem Rückmarsche, indem

dieser nicht in öffentlicher Uebung bedürfe!

Aber mit Krieger- u. c. so heißt es in solchen Fällen nicht auch der gleich mit beg.

Sehr bez. Fahne kämpft nicht einmal das Zugelände steht, eine r suchen noch geben, auf G haben glaubt, weit solche V spricht und fi

Was nun zustellen, das lassen wurde. Friedhof das Polizei und Kirchenbehörden grabnischen U e s w i s s e n darf, ohne di Ordnung zu

Die Van Mittheilungen den Kollegen Brunnensstraße und Maurer lich oder mün Angaben ma

Verichterstatt. Baikenfonta gegengennom

und Dalka. Erst-Aufführer steht am Fre enthält das

das es um eine nachhalt „Stradella“ dieser Saison Herr Eugen „Barbarino“ Conderbach 3/4 Uhr sel

liebes Schas. Die lustige Abend 7 Uhr ins Sittliche

„Anfio“ Presse“ von schweren Un

Berlinerstra Kaiserbesuch in die Wup letzte eine H hergestell ist uns damals nur eingeze der Freien

Es handelt sprüche der

„Hoch“ Wennigst nicht mehr diese Geldfo ist indessen dürfen nach 1. Januar

1. Januar mit den gol d. J. für d aber bei d nommen.

„Eine am Montas höhe statt. herrsche Arbeits und Arbeit s. Frei

über die Be-
zur Sprache
Günsten der
cher Parteien
ordnung die
ten wünsch
st ausgehen
enten, weil sie
en Regierung
en lassen, daß
die Verordn
klarstellung
Jeder auch
terlasse, seine
nen Weise zu

gänglichnisse

Kirchhof bei
erhoff führten
in der am
es Sozialdem.
die Polizei
„Folgen“
eibebehörde zu
Protektion

lehten zwei
gewesen, so
zu müssen.
am Grabe ein
Volksvereins
te. Obwohl
vorgekommen
heiten geben
erboten. Der
eren Vereinen
echtlich be-
afarbenem
schen „Allge-
zähne befindet
s und der
gte Hände hat
eit.“ Das ist
eines verlor-
urteil! Neben
die früher bei

erbot die Ent-
st. Aber die
r“, wußten die
Polizei, welch
ete, was selbst
t bedurft hätte,
en ein starkes
führung eines
am Sterbehau-
meisten Polizei-
pote, theils am
ern oder in der
idhose an, so
r Polizei jedes-
nen Naden und
eine feindliche
ei. Das alles
gehener erbitet
derholt auf die
chen Vorgehen
ht daran geföhrt,
unserer Partei
tet gelassen.

ns Hüttenberger.
ers zur Entfal-
das Kommando:
um fügt
stimm, als so-
elbe Kommando
enträger irgend
getroffen hätte.
ndere links der
enden Zug nach

en müssen auf das
ann zwei Tage
en ganz spontan
ch verbiete das
Bewußtsein, daß
ne Folge leistete
um ihre Fahne
ernünftigerweise
ber in Harnisch
eamten doch ge-
gräbnis noch be-
große Kirchhofs-
einige Polizei-
ere Genossen be-

enden Tage auf der
eichseilen waren
den bekam, aber
hen dieser derben
daß die Sozial-
fende und
en den „Folgen“
tende beständigen
lizei eiden können.
werden auf alle
tügen Seelenruhe

inspektor umfang-
t, welche sich auch
eamten sich haben
die beleidigten
soren dieselben
den. Ferner hat
die Zustimmung ge-
roth sei und die
ukunft am Grabe
rückmarsche, indem

dieser nicht mehr zum Zeichenbegängnis gehöre, sondern ein öffentlicher Aufzug sei, der der polizeilichen Genehmigung bedürfe!

Aber mit Verlaub, Herr Inspektor, wird das bei den Krieger- u. Vereinen auch so gehalten? Zeichenbegängnisse, so heißt es in § 10 des Vereinsgesetzes, bedürfen der polizeilichen Genehmigung nicht. Gehört denn zum Zeichenbegängnis nicht auch der Rückmarsch? Oder sollen die Teilnehmer sich gleich mit begraben lassen?

Sehr bezeichnend ist es auch, daß die Polizei gegen eine Fahne kämpft und von Beschlagnahme redet, die sie gar nicht einmal genau kennt. Damit wollen wir aber keineswegs das Jugeständnis gemacht haben, daß die Verechtigungen best. eine r o t h e Vereinsfahne zu beschlagnahmen. Wir ersuchen nochmals die Polizei, die Verordnung bekannt zu geben, auf Grund deren sie ein Recht zu ihrem Vorgehen zu haben glaubt. Dann ist man in der Lage, zu prüfen, inwiefern solche Verordnung noch den bestehenden Gesetzen entspricht und sich dementsprechend einrichten zu können.

Was nun die Kirchenbehörde betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß das Verbot des Sings formell von dieser erlassen wurde. Zweifellos ist, daß die Kirchenbehörde auf dem Friedhof das Hausrecht hat, aber ebenso zweifellos ist, daß die Polizei und Kirchenbehörde Hand in Hand gehen. Daß die Kirchenbehörde die Polizei ersucht, so sozialdemokratischen Begräbnissen Überwachung zu schicken, so muß die Polizei es wissen, ob und wie weit sie diesem Ersuchen entsprechen darf, ohne die Freiheit der Staatsbürger und die öffentliche Ordnung zu verletzen.

Lokales.

m. Elberfeld, 7. Februar.

Die Baukontrollkommission macht folgendes bekannt: Mitteilungen über Unfälle sowie deren Ursachen werden von den Kollegen der Kommission Zimmerer August Vogel, Brannenstraße 15, Maurer Heinrich Wollert, Marienstr. 46 und Maurer Heinrich Wollert, Rosenstraße 26 schriftlich oder mündlich entgegen genommen. Die Kollegen, welche Angaben machen, werden ersucht, den Genannten ihre (der Berichterstatter) Adresse zu hinterlassen. Gelder für die Baukontrollkommission werden von August Vogel entgegen genommen.

* Stadttheater Elberfeld. Die dreitägige Oper „Samson und Dalila“ von Saint-Saëns gelangt heute Donnerstag zur Erst-Aufführung. „Rosenmontag“ von Otto Erich Hartleben steht am Freitag an. Abgesehen von dem packenden Milieu enthält das Stück eine solch feinsinnige Stimmungsmalerei, daß es durch seinen poetischen Gehalt auf jeden Zuschauer eine nachhaltige tiefe Wirkung erzielt. Rotows bekannte Oper „Stradella“ bringt uns der Sonnabend zum ersten Male in dieser Saison. An Stelle des beurlaubten Herrn Thate singt Herr Eugen Kronenberg als Gast die Titelpartie. Als „Barbarino“ gastiert Herr Franz Hendrich vom Hoftheater in Condeshausen auf Engagement. Am Sonntag Nachmittag 3 1/4 Uhr sehen wir bei kleinen Eintrittspreisen Dreiers bestes Schauspiel „Der Probekandidat“ auf dem Spielplan. Die lustige Operette „Don Cesar“ von Dellinger wird am Abend 7 Uhr gegeben. In Vorbereitung ist „Der Ausflug ins Sittliche“, Komödie von Georg Engel.

* Aufforderung. In der Nummer 253 der „Freien Presse“ vom 29. Oktober 1900 berichteten wir über einen schweren Unfall, der sich gegenüber dem Landgericht auf der Berlinerstraße ereignete. Der heftige Sturm wehte einige vom Kaiserbeich noch stehenden gebliebenen Obelisk um, welche in die Wupper fielen. Einer der stürzenden Obelisk verlegte eine Frau derart schwer, daß sie heute noch nicht ganz hergestellt ist. Wir ersuchen nun unsern Gewährsmann, der uns damals Mitteilung über die nicht verankerten, sondern nur eingezapften Obelisk machte, sich in der Expedition der Freien Presse, Elberfeld, Friedrichstraße 37, zu melden. Es handelt sich um die aus dem Unfall resultierenden Ansprüche der verletzten Frau.

* Noch nicht außer Kurs. Die kleinen silbernen 20-Pfennigstücke werden jetzt vielfach im öffentlichen Verkehr nicht mehr in Zahlung genommen mit der Begründung, daß diese Geldstücke bereits außer Kurs gesetzt worden sei. Letzteres ist indessen nicht der Fall. Die silbernen 20-Pfennigstücke dürfen nach dem Gesetz vom 13. Juni 1900 nicht vor dem 1. Januar 1902 und die Nickel-20-Pfennigstücke vor dem 1. Januar 1903 außer Kurs gesetzt werden. Anders steht es mit den goldenen 5-Markstücken. Diese sind seit dem 1. Jan. d. J. für den allgemeinen Verkehr außer Kurs gesetzt, werden aber bei den Staatskassen noch bis zum Jahreschluß angenommen.

* Eine Partei- und Gewerkschafts-Versammlung findet am Montag, 11. Februar, Abends 7 1/2 Uhr auf der Wilhelmshöhe statt. Die Tagesordnung lautet: „Was thut die herrschende Gesellschaft gegen das Elend der Arbeitslosigkeit?“ Referent ist der Gewerkschafts- und Arbeitersekretär A. Hofrichter aus Köln.

s. Freisinniges. Eine Berliner Korrespondenz der Barmer Bta. berichtet das Urteil des Reichsgerichts in Sachen der libeischen Streitverordnungen. In dieser Korrespondenz heißt es wörtlich:

„Es ist also jetzt vom höchsten Gerichtshof festgestellt, daß das „Streikpostenstehen“ nicht allgemein verboten werden kann, aber der höchste Gerichtshof hat in der Begründung seiner Entscheidung auch gleich dem Senate von Lübeck einen Fingerzeig gegeben, wie er trotzdem dem Postenstehen entgegengetreten kann. Wenn ein hiesiges freisinniges Blatt heute Abend meint, die Sozialdemokratie triumphiere nunmehr, so ist dies doch nicht richtig. Das Postenstehen kann — und dies haben das Kammergericht für Preußen und auch das Reichsgericht für zulässig erklärt — auf dem Wege des Straßenpolizeireglements, wenn nicht unmöglich gemacht, so doch so erschwert werden, daß es seinen Zweck nicht mehr erreichen kann. Wenn der Verkehr auf der Straße durch das Stehenbleiben einzelner Personen gehemmt wird und ein Polizeibeamter den Stehenden auffordert, sich zu entfernen, so muß dieser dem Gebote folgen: beschweren darf er sich natürlich, aber erst hinterher, wenn es nicht mehr nützt.“

Das ist eine wahre Musterleistung freisinniger Journalistik. Der ganze Satz der Korrespondenz athmet förmlich frei-

sinnige Befriedigung darüber, daß dem Koalitionsrecht der Arbeiter immer noch bei gutem polizeilichen Willen ein Strick gedreht werden kann. „Das Postenstehen kann, wenn nicht unmöglich gemacht, so doch so erschwert werden, daß es seinen Zweck nicht mehr erreichen kann. Das dürfte ja wohl der freisinnigen Barmer Bta., die die Interessen des Barmer Unternehmertums vertritt, die Hauptache sein. Die Barmer Zeitung ist überzeugt, daß die Polizei „schon machen“ wird. Kein Wort freisinnigen Bedauerns darüber, daß nicht durch klare Auslegung des Gesetzes der Gedrohung eines Arbeiterrechts ein Riegel vorgezogen wird. Freisinnig!

* Düsseldorf Ausstellung 1902. Die Nummer 12 des amtlichen Organs der Industrie, Gewerbe- und Kunst-Ausstellung ist erschienen. Aus dem Inhalt heben wir folgendes hervor: Ueber die Entwicklung der Düsseldorf Kunst (von Eduard Daelen). — Studien und Beobachtungen von der Pariser Weltausstellung (Fortsetzung). — Wie stellt man zweckmäßig und wirkungsvoll aus? Praktische Winke für die industriellen Teilnehmer an der Düsseldorf Ausstellung (Schluß). — Zur Geschichte der Ausstellung (Fortsetzung). — Berechnung der Platzmiete im geschlossenen Räume des Haupt-Ausstellungsgebäudes. — Kleine Mitteilungen. — Die Nummer enthält außerdem eine Reihe illustrativer Illustrationen.

* Ueber die Schießsaison, welche sich vorgestern Abend in der Hochstraße ereignete, berichtet das Amtsblatt folgendes: „Einer schweren Unthat machte sich gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr der 14 Jahre alte Paul Bögener, Hermannstraße Nr. 39 wohnhaft, schuldig. Mit einem kleinfaßigen Terzerol erschoss er den etwa gleichaltrigen Paul Lüpken. Bögener war von seinen Eltern ausgeschickt worden, um etwas zu holen; da traf er an der Ecke der Hermanns- und Hochstraße den ihm bekannten Lüpken, mit dem er ein Gespräch begann. Dabei nahm Bögener das Terzerol zur Hand, legte wie im Spaß auf Lüpken an und drückte ab. Der Schuß ging dem Nerven durch das Herz und die Lunge und ließ ihn sofort zu Boden sinken. Der Schwerverletzte wurde zunächst zur elterlichen Wohnung und von da nach dem St. Josephshospital gebracht. Heute Morgen ist er dort seinen Wunden erlegen. Bei der ersten Vernehmung erzählte Bögener ein Märchen von einem unbekannten dritten Knaben, der ihm vorher die Schußwaffe in die Hand gedrückt und diese nach dem Schuß auch wieder an sich genommen habe. Heute Morgen jedoch, als er dem königlichen Amtsgericht vorgeführt wurde, gestand er, das Terzerol selbst bei sich gehabt und es nachher versteckt zu haben. Es wurde auch heute in dem Gang zwischen den Häusern Hermannstraße 39 und 41 aufgefunden. Die Schußwaffe hat sich Bögener in dem Dammischen Geschäft in der Kipdorfstraße für 1.60 M. selbst gekauft, ebenso für 35 Pfg. Patronen.“

* Gestohlen. Einem Speisekammer an der Stockmanns-mühlstraße wurde am 2. d. M. aus dem in seiner Wohnung stehenden Küchenschrank ein Geldbetrag von 36 Mark entwendet. Vor einigen Monaten wurde einer seiner Töchter eine goldene Broche und einer anderen ein 3 Markstück entwendet. — Einer Wirthin von der Berlinerstraße wurden in der Nacht zum 5. d. M. aus dem unverschlossenen Keller zwei Krüge mit Branntwein gestohlen.

† Barmer, 7. Februar.

Aus dem Stadtrath. Beim Polizeirat wurde die Stat-berathung gestern fortgesetzt. Herr Wittmann regte an, den Fuhrleuten das Reitschloß zu verbieten. In verschiede-nen andern Ländern käme man ohne Reitschloß aus, mit der doch lediglich Unfug getrieben würde. Herr Schüren, Fuhr-werksbesitzer, ist für Verbot der scharfen Schür an den Reitschloß, dann würde das Knallen von selbst aufhören. Der Vorsitzende sagte Verzichtigung zu. Einen richtigen Schwabenstreich verübte Herr Langen. Weil da vor einiger Zeit ein Schuttmann in der Schwarzbachstraße erheblich miß-handelt worden ist, wünscht dieser Herr die Ausrüstung der Schutzleute auf Außenposten mit Schußwaffen. Treffend wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Durchführung dieses Vorschlages doch zu recht unangenehmen Folgen für die Bürgererschaft führen könnte. Gewiß sei die Mißhandlung des Schutzmanns eine brutale g. wesen, doch sei dieses doch glücklicher Weise nur ein Einzelfall. Die Schutzleute seien seiner Meinung nach genug geschützt. Und so mußte der Überbürgermeister einem Stadtvorordneten gegenüber die In-teressen der Bürgererschaft vertreten. Herr Langen scheint noch gar nichts davon gehört zu haben, welches Unheil die mit Schußwaffen ausgerüsteten Militärposten schon angerichtet haben. — Herr Wilke wünschte, daß bei Neuanlagen von Fabriken darauf gehalten werden soll, daß Rauchverbrennung angelegt werde. Der Vorsitzende war der Meinung, daß heute ein tüchtiger Heiser das beste Mittel hierfür sei, da die bisher benutzten Systeme nicht recht hinausgekommen seien. Von allen Seiten wurde darauf aufmerksam gemacht, daß gerade die Schornsteine der Bergbahn und des Elektrizitätswerkes von allen Schornsteinen der Stadt am schlimmsten qualmen, und deshalb sei es angebracht, wenn die Stadt selbst mal mit gutem Beispiel vorangeht. Bei dem Etat des Wasserwerks ging auf Veranlassung des Herrn Dahl, Herr Beigeordneter Schwartzner auf die von dem Zivilingenieur Glas gegen die Benutzung des Thalsperrenwassers als Trinkwasser gerichtete Denkschrift, des näheren ein. Wenn nun auch Herr Schwartzner mit seiner Ansicht Recht behalten mag, so ist es doch eine Ueberhebung, zum mindesten eine ungehörige Bemerkung, wenn er sagt, daß der Verfasser der Denkschrift zu den Leuten gehöre, die wohl über sehr viel freie Zeit verfügen. So ganz einwandfrei ist doch in der That das Wasser aus Thalsperren nicht und nur die Noth ist es, die die Städte veranlaßt — so ist es wenigstens mit Barmer — Thalsperrenwasser als Trinkwasser zu benutzen. — Zu einer längeren Debatte kam es beim Etat des Schlachthofes um die 20000 M. die die Verwaltung vom Ueberfluß der Stadt-kasse zuführen wollte. Herr Goertsbuch und Nebensburg wehrten sich mit Händen und Füßen dagegen. Wenn auch ihre Argumente so fadenscheinig wie möglich waren und der Oberbürgermeister mit Eifer und besserer Begründung für die Abführung der 20000 Mark eintrat, der Antrag der Verwal-tung wurde mit 10 gegen 16 Stimmen in namentlicher Ab-stimmung abgelehnt. Die Herren Metzger haben somit ihren Willen durchgesetzt. Die weiteren Verhandlungen waren be-langlos. Heute wird Fortsetzung folgen und die Steuern fest-gelegt werden.

Stadtheater Barmer. Samson und Dalila, Oper in 3 Akten von Saint-Saëns, geht am Freitag zum ersten Male hier in Scene. Am Sonnabend bleibt das Haus geschlossen. Für Sonntag sind folgende Vorstellungen gewählt: Nachmittags

3 1/4 Uhr bei kleinen Eintrittspreisen Lorchings Rauberopfer „Undine“. Herr Franz Hendrich vom Hoftheater in Condeshausen gastiert als „Reit“. Abends 7 Uhr: „Rosenmontag“.

† Der „Stadlanzeiger“ wußte dieser Tage zu berichten, daß zwei Arbeiter, welche 25 Jahre ununterbrochen bei der Firma Budde & Co. gearbeitet haben, mit je einer goldenen Uhr von der Firma beschenkt worden seien. Uns wird nun mitgeteilt, daß diese Schenkungsgeschichte einfach erfunden ist. Wohl haben die Arbeitskollegen der Jubilare denselben je einen Rubelzettel zum Geschenk gemacht.

† Gestohlen wurde gestern einem Packer auf dem Mittelbarmer Güterbahnhof eine Handlarre. Dieselbe war grün gestrichen.

Gerichtszeitung.

(Elberfeld, 5. Februar. Strafkammer I. Den Vorsitz führt Herr Landgerichtsdirektor Kiel.

Der Arbeiter Oskar B., welcher sich vagabundierend umher-treibt, war im November bei dem Alerer Bucher in Remscheid beschäftigt und verhielt sich am 14. November unter Mithahme von 7.60 M. für Milch einlieferter Gelder. Am 3. November brachte er im Auftrage Buchers Milch nach dem Rentner Rocholl in Remscheid und benutzte die zeitweilige Abwesenheit des Dienstmädchens dazu, ein 20 Markstück aus der im Küchenschrank befindlichen Haushaltungskasse zu stehlen. Im Januar übernachtete er bei seinen in Cronenberg wohnenden Eltern, wofür der Schlosser Rosin in Logis war. Als er sich des Morgens ent-fernte, nahm er verschiedene dem Rosin gehörige Sachen mit. Der vorbestrafte Angeklagte erhielt 1 Jahr Gefängnis.

Wegen Verwendung von sog. Präservenz hatten sich wieder einmal drei Inhaber von Metzgereien, der Metzgermeister Heint. W. von Neiges, der Metzgermeister Robert Sch. von Elberfeld und die Frau des Metzgermeisters Rudolf B. von Barmer zu verant-worten. Bei denselben war Fleisch entnommen worden, welches mit genanntem Konservepräparat vermischt war, wodurch das Fleisch längere Zeit eine schöne rothe Farbe behält. Ueber die Gesundheitschädlichkeit dieses Präparates geben die Urkunden der Sachverständigen auseinander. Das Gericht fällt auch deswegen keine Entscheidung, erblickt aber in der Verunreinigung des Fleisches eine Fälschung im Sinne des § 10, Abs. 1 u. 2 des Nahrungs-mittelgesetzes und erkannte gegen B. und Frau B. auf je 20 M. Geldstrafe. Sch. wurde freigesprochen.

Die wegen Raubes bereits mit 1 Jahr Gefängnis vorbestrafte 16jährige Fabrikarbeiterin Hedwig J., zuletzt in Remscheid wohnhaft, entsetzte sich am 9. April während der Abwesenheit ihrer Kost-wirthin, der Frau Levanowsky, heimlich aus deren Hause und nahm verschiedene derselben gehörige Kleidungsstücke, sowie einen Geldbetrag von M. 4.30 mit. Das brachte der jugendlichen Diebin 9 Monate Gefängnis ein.

Wegen fahrlässiger Brandstiftung, Diebstahl und widernatür-licher Unzucht hatten sich der Bergmann Johann B. und der Schleiferlehrling E. O. von Remscheid zu verantworten. B. stahl im April fahrlässiger Weise eine Waldparzelle in Brand, hieß bei einem Bekannten einige Taschentücher mitgehen und beging ver-schiedene unzüchtige Handlungen. Dafür erhielt B. 9 Monate Gefängnis. O. wurde freigesprochen.

Der Maurerhandlanger J. L. sollte sich einer fahrlässigen Körperverletzung des Schülers D. D. schuldig gemacht haben. D. spielte am 3. Sept. vor dem Neubau, wofür die Angeklagte ar-beitete. Hierbei wurde vom Keller des Neubaus aus mit Mörtel nach den Kindern geworfen und der Schüler D. ins Auge ge-troffen, welcher in Folge dessen längere Zeit erkrankt war. Der Angeklagte bestritt, geworfen zu haben und da nichts Bestimmtes nachgewiesen werden konnte, erkannte das Gericht auf Frei-sprechung.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde gegen die Eheleute Fabrikarbeiter Karl D. und den Handlanger Karl B. von hier wegen Kuppelei verhandelt. Das Urtheil lautete gegen den Ehe-mann D. auf Freisprechung, gegen dessen Ehefrau auf 3 Tage und gegen B. auf 2 Monate Gefängnis.

Depeschen und Neueste Nachrichten.

hd Berlin, 6. Febr. Die „Post. Bta.“ meldet aus Mail-land: In Genua wurden zwei Anarchisten verhaftet, die be-absichtigen, den dortigen Verichtspräsidenten Gonella, der einen ihrer Parteigenossen verurtheilt hatte, zu ermorden. Die Anarchisten, die bereits beim ersten Verhör ein Geständ-nis ablegten, führten regelrecht wirre Pässe bei sich und be-absichtigen, sofort nach Amerika abzureisen. Falls das Attentat mißlingt, waren zwei Erschlagene zu dessen Wieder-holung auszuweisen.

hd Berlin, 7. Febr. Bei dem gestrigen Festessen des deutschen Landwirtschaftstages erwiderte Graf Bülow auf eine Ansprache des Vizepräsidenten, er wisse sich eins mit dem Landwirtschaftsrathe in dem wesentlichen Bestreben, die Interessen der Landwirtschaft zu fördern, die seit Jahren in einer sehr schwierigen Lage sich befinde. Als Reichskanzler habe er die Pflicht für einen Beruf einzutreten, von dem das Wohl und Wehe so vieler Millionen abhängt; seine Pflicht sei es, das Gemeinwohl, das Wohl aller Berufs-stände zu fördern; so lange er im Amte sei, demüthe er sich in gleicher Weise für Industrie, Landwirtschaft und Handel zu sorgen. Seine Fürsorge für die Landwirtschaft sei auch die Pflicht seines Gewissens.

hd Frankfurt a. M., 6. Febr. Der Petersburger Be-richterstatter der „Frankf. Bta.“ erfährt aus gut unterrichteten Kreisen, daß gegen einen Getreidezoll von höchstens 5 Mark der russische Finanzminister seinen ersten Widerspruch er-heben werde. Es scheint, daß der Reichskanzler sich Rußlands Zustimmung zu einer Erhöhung in diesem Umfange ge-sichert habe.

hd Paris, 6. Febr. Wegen den Vorstößen des Aus-stellungs-Komitees ist bei der hiesigen Staatsanwaltschaft eine Klage wegen Unterschlagung von Geldern eingegangen. Man glaubt, daß das Gericht es ablehnen wird, sich mit diesem Falle zu beschäftigen.

hd Rom, 7. Februar. Das Kabinet hat demissionirt, nachdem die Kammer eine feindliche Resolution gegen die Regierung mit 215 Stimmen Majorität angenommen hat. Dieses Resultat erfolgte infolge Zusammengehens der Radikal-Sozialisten mit den Gemäßigten, welche letztere gegen die Re-gierung stimmten, weil das Kabinet die Wieder-Eröffnung der Arbeitsbörse in Genua beschloß und die letzteren, weil die Regierung dieselbe überhaupt eröffnet hatte. Außer dem Kammerpräsidenten Villa, der mit der Neubildung des Kabinetts betraut wurde, werden noch die Namen Sonnino und Gioelli genannt.

hd London, 7. Februar. Aus Peking wird gemeldet: Die Vertreter der europäischen Mächte sind nun einig darüber, die Enthauptung des Prinzen Tuan und des Herzogs Lan nicht zu fordern, sondern sich mit der lebenslänglichen Ver-bannung dieser beiden Uebelthäter nach Chinesisch-Turkestan zu begnügen.

Knaben-Paletots u. Mäntel
Knaben-Anzüge
in jeder Ausführung
CAPES

H. U. L. FRITZSCHE
ELBERFELD

Wallstrasse 32
Telephon 303

Electrischer Personenfahrstuhl.
Maass Anfertigung.
Geschäftsschluss abends 8 Uhr.



Neu! Neu! Neu!
Concerthaus Hunscheidt,
 Friedrichsstraße, **Elberfeld,** Friedrichsstraße.
 Neu aufgestellt:

Wo ein Nas ist

verfammelten sich die Geier. Als Sanden und Schmidt mit ihrem Klüngel von einer halben Milliarde zusammenbrachen, kam die hohe Bank mit der Miene des barmherzigen Samariters, eine Salbe aus Del und Wein in der Hand, und Erbarmen auf den Lippen. So gewann die Treuhänder — schöner Name! — das Vertrauen der geängstigten Gläubiger, und man glaubte in der That, es sei die Besorgnis um schwere Störungen und Erschütterungen der Volkswirtschaft, aus der die hohe Bank sich herabließ, ein Rettungswerk zu unternehmen. Sah man doch in jenen Tagen des Mißtrauens eine Riesennähe von Hypothekenbriefen, 7 Milliarden Mark, im Anmarsch auf die Börse, was ja allerdings einen Krach der schlimmsten Gattung zur Folge gehabt hätte. Man muß anerkennen, daß das Rettungsunternehmen der hohen Bank diese Gefahr beschworen, auch sonst einiges Gute für die nothleidenden Banken zu Wege gebracht hat. Aber das kann nicht hindern, Beschwerde zu führen gegen die Miene der Uneigennützigkeit und die dahinter stehenden Absichten. Die Deutsche Bank und ihre Vertrauensmänner lassen sich offenbar bei ihrem Rettungswerk durchaus von dem Gedanken leiten, daß ein neues Unternehmen aus den verkrachten beiden Banken zu Stande gebracht werden soll, die Wahrung der ihnen anvertrauten Interessen der Pfandbrief-Gläubiger kommt ihnen erst in zweiter Linie. Wir erleben jetzt, so schreibt die „Sächs. Arbeiterzeitg.“, daß die „Treuhänder“, welche die Interessen von 30 Mill. Mark Pfandbriefen zu vertreten übernommen hat, sich lebhaft ins Zeug legt, um den Widerstand der preussischen Staatsregierung gegen eine Herabsetzung der Pfandbriefzinsen zu brechen. Die „Treuhänder“ vertritt eben nicht die Pfandbriefzinsen, sondern den Plan der Deutschen Bank. Man darf begierig sein, ob es den gewiechten Geschäftsmännern gelingt, den Degenerenten im preussischen Landwirtschaftsministerium zu überwinden. Wundern würde es uns nicht, denn die Bankleute sind den Staatsmännern der Ministerien an Gewandtheit sehr überlegen. Das trat auch in den Verhandlungen hervor, die am Montag und Mittwoch von den Aktionären der beiden Banken (Hypotheken- und Grundschuldbank) abgehalten wurden. Die Grundschuld-Bankversammlung war überhaupt eine Komödie, zu deren „Leitung“ man einen von den Profanen der Börse sich ernährenden Journalisten berufen hatte. Dieser Mann, der von seinen Auftraggebern ganz offen als ein Hampelmann behandelt wird, ist eine skandalöse Erscheinung in dem ganzen Verfahren und rechtfertigt allein schon das schärfste Mißtrauen gegen die „Netter“.

Aber dies Mißtrauen wird auch unmittelbar durch die Handlungen der Kommissionen und Liquidatoren genährt. Was soll man dazu sagen, wenn die Kreaturen Sendens und Schmidts auf ihren Kosten bleiben, während in den letzten Tagen mit einem Schlage einer großen Anzahl von Beamten der Hypothekenbank, Leuten, die zehn, ja zwanzig Jahre bei der Bank thätig gewesen sind, gekündigt worden ist? Diese entlassenen Beamten hatten sich in der letzten General-Versammlung eingefunden und klagten Stein und Bein, sie würden in diesen Zeiten, in denen überall im Bankgeschäft Entlassungen an der Tagesordnung sind, schwer irgendwo Anstellung finden. Zugleich sind bei der Grundschuldbank drei Liquidatoren angestellt, die jeder 32 000 Mark Jahresgehalt, also zusammen 96 000 Mark beziehen! Und die erste große Leistung dieser Herren ist, daß sie den Regressanspruch der Grundschuldbank gegen die Hypothekenbank — auf Rückgabe von 41 Millionen Mark der erstere entwendeter Hypotheken — zu Gunsten der Hypothekenbank preisgeben. während sie vor ihrer Wahl den Anspruch mit starken Worten vertreten hatten.

Wie ein Frankfurter Philister über das Elberfelder Stadttheater spricht.

Vor einiger Zeit mußte ich den Schnellzug nach Köln benutzen, der um 8 Uhr Vormittags von Elberfeld abfährt. In dem Koupée dritter Klasse, in welchem ich Platz nahm, saßen schon zwei ältere ergraute Herren, Elberfelder Bürger, die ich dem Ansehen nach kannte. Kurz vor Abfahrt des Zuges stieg eilig und hastig, lebhaft lachend, ein kleiner, wohlbeleibter Herr mit aufgeschwemmten Gesichtszügen und wasserblauen Hosiengläschen in das Koupée und nahm geräuschvoll und umständlich Platz, nachdem er unter beträchtlicher Anstrengung, immer weiter lachend, seine Reiseeffekten untergebracht hatte. Zuerst betrachtete das dicke Herrchen neugierig die Mitreisenden, schob fortwährend seinen Kneifer, der während des Essens stets rutschte, mit seinen fleischigen Fingern immer wieder zurecht und theilte uns zunächst mit, daß heute ziemlich gutes Wetter sei. Wir stimmten dem scharfen Beobachter unbedingt zu.

Die beiden Elberfelder Herren tauschten ihre geschäftlichen Ansichten aus, unterhielten sich über einzelne Blätter des Thales und behaupteten bescheiden, daß ihnen Morgens der Kaffee nicht schmecke, wenn nicht der „Tägl. Anzeiger“ daneben läge und i'mpfpfen auf den „General-Anzeiger“, weil er seinen Abonnementspreis erhöht habe. Unser Herrchen wurde immer unruhiger und benutzte die erste Pause in dem Gespräch der beiden Herren, um sich der Rede zu bemächtigen, deren Faden er jetzt bis zu seinem Bestimmungsorte Ohligs nicht mehr losließ. Wissen Sie, meine Herren, das ist ja ein Skandal mit Ihrem Stadttheater, begann er. Gestern Abend war ich in der Vorstellung in Ihrem Theater. Ich hatte mir ein Billet Sperlich links gekauft, war ziemlich früh da und ließ mir noch ein Opernglas, weil ich mir das Publikum, besonders die Damen genau anschauen wollte. Kaum geht der Vorhang hoch, so wird es stockfinstern im Theater, daß man nur ein Mol die Zettel lese konnte. Des müßt bei uns in

Mit bedenklichem Schweigen geht man ferner hinweg über die Regresspflicht der früheren Aufsichtsräte, insbesondere der habsbaren großen Nachlassmasse des Barons Cohn-Deffau. Nur ganz nebenher ist von diesen Dingen und in einer Weise die Rede, daß man wohl merkt: es wird nicht mit der nöthigen Entschiedenheit verfahren. Zwar ist die Höhe der Haftpflicht noch nicht festgestellt, aber es ist doch klar und nachgewiesen, daß es sich um Verluste von vielen Millionen handelt. Daraufhin ließe sich ohne Schwierigkeiten ein Arrest auf den Cohnschen Nachlass erwirken. Aber an dergleichen scheint kein Mensch zu denken. Die Pfandbriefbesitzer haben eben in Wahrheit keine Vertretung.

Daß eine pflichtgemäße Sorgfalt der preussischen Behörden das Unheil hätte verhüten können, tritt immer klarer hervor. Es hat eine Nachsicht gewaltet, deren Gründe schwer zu enträtheln sind, es sei denn, daß man annehmen wolle, die Beamten seien zu wenig ihrer Aufgabe gewachsen. Und diese Annahme hat allerdings viel für sich, wenn man nicht zu der anderen greifen will, daß Vertrauensmänner der Behörde zugleich bezahlte Taratoren der Bank gewesen sind. Auch das wird behauptet. Nachgewiesen ist, daß ein königlicher Baurath in acht Monaten des vergangenen Jahres für ganz werthlose Taxen 25 000 Mark von der Grundschuldbank bezogen hat.

Das preussische Abgeordnetenhaus wird sich dieser Tage mit der Sache beschäftigen. Aber in dem Junkerparlament sitzt kein einziger Mann, der den Willen und die Fähigkeit hätte, diesen verzwickten Klüngel zu entwirren. Hoffentlich kommt die Angelegenheit auch im Reichstage zur Sprache.

Wo bleiben die Syndikate?

So fragt Richard Calwer in der wirthschaftspolitischen Beilage der „Leipz. Volkszeitung“. „Ein Theil der Öffentlichkeit hat auf die Thätigkeit der Syndikate in den Zeiten sinkender Konjunktur besonders große Erwartungen gesetzt. Eine Krise könne durch sie zwar nicht gänzlich vermieden, aber doch in ihren Wirkungen wesentlich eingeschränkt werden. Wir glauben auch, daß die Kartelle in der Lage wären, dieser ihnen zugewiesenen Aufgabe zu genügen. Nur fühlen sie sich noch immer mehr als rein privatkapitalistische Gebilde, bei denen der Trieb nach höherem Gewinn stärker ist, als das allgemeine Interesse an der Regelung der Produktion. So konnten sich bis jetzt trotz des schrecklichen Mißverhältnisses zwischen den Preisen der Rohstoffe und der fertigerzeugnisse die Syndikate im Eisengewerbe noch nicht zu Preisnachlässen, die der ungünstigen Marktlage entsprechen, bequemen. Selbst die „Kölnische Zeitung“, die unentwegte Parteigängerin der Syndikate, die sich in ihren Lobliedern auf die Kartelle kaum von dem preussischen Handelsminister Bresfeld übertreffen läßt, muß zugeben, daß die Preise der Syndikate nicht mehr gerechtfertigt seien. Gleichzeitig freilich weiß sie natürlich auch schon von einem Entgegenkommen der Syndikate zu berichten. Wie sie erfährt, sind Verhandlungen zwischen den Coaks-, Kohlen-, Eisen- und dem Roheisensteinsyndikat über die Frage einer Preisermäßigung eingeleitet. Falls dieselben zum Ziele führen sollen, würden sich für die kleineren Walzwerke Erleichterungen in den Roheisenpreisen ergeben.“

Gleichzeitig mit dieser Verbilligung wollen die Syndikate aber ein Mandat, das sie schon im vorigen Jahre versucht haben, wiederholen; sie wollen die Abnehmer mit ihren Bestellungen auf lange Zeit hinaus festlegen; daher der Voranschlag, daß die auf die gethätigten Abchlüsse geltenden Roh-eisenpreise bei Beginn der neuen Verkäufe mit niedrigeren Preisen verschmolzen werden sollen. Die Syndikate sehen nunmehr ein, daß sie ihre hohen Preise nicht mehr aufrecht zu erhalten vermögen. Aber anstatt bedingungslose Preisnachlässe zu gewähren, suchen sie, gestützt auf ihre Macht, den Abnehmern Bedingungen vorzuschreiben, von deren Erfüllung Preisherabsetzungen abhängig gemacht werden. Worin diese im einzelnen bestehen, wird nicht gesagt, aber man kann nach den bisherigen Erfahrungen annehmen, daß die Syndikate ihre Abnehmer wieder in eine Zwangslage versetzen werden.

Frankfurt vorkomme. Da mache sich die Damens fein, puzte sie sich und wolle im Theater sich bewundern lassen und die Direktor spart es Licht, macht es stiefdunkel, daß mer nichts sehen kann, wie nur of der Bühn'. Das ist ja ein Skandal, ereiferte sich nochmals das dicke Frankfurter Wüthchen. Und noch eins, meine Herren, ist schrecklich eingerichtet in Ihrem Theater. Denke Sie, in der Zwischenpau' muß ich nach einem gewissen Ort, der mer net gern öffentlich nennen thut. Of der linke Seit' ist nichts zu lunde, ich frage mich herum und do muß ich durch das ganze Theater herum lafe bis of de rechte Seite. So was ist ja nirgendwo anders, entrißte sich das Männchen, daß ist bei uns in Frankfurt ganz undenkbar, da solle se mal hinkomme, da ist es immer hell, unüberall finde se da stille Dertche, ohne zu fragen.

So rasiomirte das beleibte Döckchen in unverfälschtem Frankfurter Dialekt fortwährend. Ich amüsierte mich föhlich in meiner Ede über die drollige Entartung dieses biederen Philisterrichs und benutzte eine kleine Pause, um ihn schleunigst zu fragen: „Wie hat Ihnen denn die Vorstellung gefallen?“ O, machte das Männchen, zog die Augenbrauen hoch, wiegte sein dickes Haupt und dikto Bäuchlein hin und her. O! Die Vorstellung war gar net übel, die Musik — es war eine Oper — spielte recht brav und der Zi, der Zu — na wie heißt er doch gleich, — Jador halten wir nach, — der könnte auch bei uns in Frankfurt ganz gut beisehe, die Vorstellung war net übel. Ich konnte mich nicht enthalten, dem Frankfurter Biedermaierchen in's dicke Gesicht zu lachen. Er riß erstaunt seine kleine Neuglein auf und wollte weiter loslegen, als der Zug in Ohligs einlief; wo wir den amüsansten, redseligen Reisesgefährten verloren.

Dieser heitere Zwischenfall hat aber auch eine ernste Aehrteite. Wie dieser Normalphilister — denn das war unser Frankfurter von Scheitel bis zur Sohle — dem Theater gegenübersteht, das er nur als eine Stätte der Unterhaltung, des Zeitvertreibes betrachtet, ohne über den inneren Werth und Gehalt des Gebotenen nachzudenken, dieselbe Stellung nehmen die meisten Philister männlichen und weiblichen Ge-

die den Syndikaten auf keinen Fall schadet, die Abnehmer aber so und so unbefriedigt läßt. Keinesfalls glauben wir nach dem bisherigen Verhalten der Syndikate im Eisengewerbe, daß sie sich zu einer glatten, den Markt erleichternden Preisherabsetzung herbeilassen werden.“

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

d. Berlin, 6. Februar.

Im Ministerische: v. Thielen, v. Miquel.
L.-O.: Fortsetzung der 1. Lesung der Kanalvorlage.
Abg. Schwärze (Centr.) tritt dafür ein, für den Dortmund-Rheinkanal statt der vorgelegenen Emischer-Linie die Bippelinie zu wählen.

Ein Regierungs-Kommissar bemerkt gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abg. Schulz-Vochum, daß eine Schädigung des Bergbaues durch den Kanalbau nicht zu fürchten sei. Minister v. Thielen wendet sich gegen die Lippe-Kanalvorlage. Diese Linie würde nicht in wünschenswerthem Maße die Verkehrsentlastung des Kohlenreviers herbeiführen. Allerdings habe sich die Provinz Westfalen bereit erklärt, den Kanal zu bauen, allein sie habe Bedingungen gestellt, welche die Regierung nicht annehmen könne. Letztere dürfe unter keinen Umständen das Tarifrecht aus der Hand geben, könne sich auch das Concessionsrecht nicht einschränken lassen.

Abg. v. Friedemann (fr.) erklärt sich als einen entschiedenen Anhänger der Kanäle, trotz der entgegengeetzten Ansicht eines Theiles seiner landwirthschaftlichen Wähler, daß der Landwirthschaft nur entsprechende Bölle nützen könnten. Er sei überzeugt, daß erst durch eine leistungsfähige Wasserbindung zwischen Rhein und Weichsel ein reger Güterausaustausch zwischen Osten und Westen der Monarchie möglich sei.

Abg. Gothein (fr. Bg.) bedauert, daß die Regierung den Interessenten der Bippelinie nicht wenigstens insoweit entgegengekommen sei, daß sie neben der Emischerlinie die Bippelinie offen gelassen habe. Redner führt weiter aus, daß es geradezu auffällig sei, wie wenig man den Schleifern entgegengekommen sei. Man habe in Schleifern eine Erweiterung der Schleifen im Oder-Spree-Kanal und eine Herabsetzung der schleiflichen Wasser-tarife gewünscht. Nichts davon sei bewilligt. Nach Erörterung der Wirkungen von Tarifermäßigungen weist Abg. Gothein nach, daß dieselben stets eine so bedeutende Verkehrssteigerung zur Folge gehabt, daß sie schließlich einen höheren Ueberfluß ergeben hätten. Auch die Einführung des elektrischen Betriebes brauche man nicht zu fürchten; sie werde sich nur allmählich vollziehen. Was den Großwasserweg Berlin-Stettin anlangt, so sei er für die westliche Grenzführung, und zwar aus technischen und wirthschaftlichen Gründen.

Ein Regierungskommissar entgegnet, wo ein Bedürfnis für die Erweiterung von Schleifen im Oder-Spree-Kanal und auf der kanalisirten Oder vorliege, seien die Mittel für die Erweiterung von der Regierung gefordert und vom Hause bewilligt worden. In Bezug auf die Tarife werde, um allseitigen Wünschen zu entsprechen, eine Reform in der Richtung geplant, daß an Stelle der jetzt zur Berechnung kommenden Ladefähigkeit der Schiffe, die wirkliche Last als Grundlage für die Abgabenberechnung festgesetzt werde.

Abg. Hellich (kons.) will die Vorlage wohlwollend prüfen. Es frage sich stets, ob im gegebenen Falle ein Kanal oder eine Bahn das bessere sei. Er bitte die Regierung, den Wasserweg Berlin-Stettin in jedem Falle zu bauen, da derselbe für die Erhaltung Stettins dringend nöthig sei.

Abg. v. Staudt (kons.) stellt fest, daß Frhr. v. Jellich nicht beauftragt gewesen sei, Namens der Konservativen zu erklären, daß sie die Bewilligung des Kanals von höheren Zöllen abhängig machten. Grundfährliche Kanalgegner seien die Konservativen nicht. Er, Redner, sei bereit, die Vorlage wohlwollend zu prüfen und hoffe, daß im Falle der Annahme der Vorlage auch der Masurische Kanal Aufnahme in derselben finden möge. Sollte aber der Mittellandkanal abgelehnt werden, dann wünsche er, daß die Regierung ihre Bemühungen für die Oder-Weichsel-Verbindung nicht aufgebe.

Abg. v. Henim (kons.) erklärt, daß seine Freunde der Mah-nung, die Vorlage eine ira et studio zu prüfen, folgen würden, trotz der reichlichen Schalen voll Jörn, die sich im vorigen Jahre über viele derselben nach der Abstimmung ausgegossen hätten. Bedauerlich sei, daß die Regierung die Regulierung der unteren Oder nicht energischer fördere. Zustimmung. Dort ständen zahlreiche Existenzen von kleineren Grundbesitzern auf dem Spiele.

Minister v. Miquel tritt den Anschauungen entgegen, als ob die Ueberflüsse aus den Bahnen in gleichem Verhältnisse zu den Bruttoeinnahmen wie bisher auf längere Zeit fortbauern würden. Schon heute lasse sich ein geringerer Prozentsatz der Brutto-Einnahmen als Gewinn erkennen und diese Verringerung werde noch fortwähren.

schlechtes — und deren haben wir in Elberfeld-Barmen unzählige — diesen Institute gegenüber ein. Gar vielen gutsituirten Philistern im Unterrock ist das Theater deshalb unentbehrlich, weil es ihnen den reichsten Gesprächsstoff für Kaffeeklatsch und müßige Stunden bietet.

V.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Wie hoch kann ein Luftballon steigen? Ueber diese Frage hielt in München in der letzten Versammlung des Vereins für Luftschiffahrt Privatdozent Dr. Gmden einen Vortrag. Der Redner führte, nach dem Bericht der „Münch. N. Nachr.“, aus, daß die Beantwortung der Frage gerade gegenwärtig von besonderer Bedeutung sei, denn die Hauptaufgabe der Meteorologie liege zur Zeit in der Erforschung der Vorgänge in den hohen Schichten der Atmosphäre. In jene, dem Menschen unzugänglichen Höhen werden durch unbemannte Ballons kleine Instrumente hinaufgetragen, die die dort herrschenden Zustände selbstthätig aufzeichnen. Eine genaue Analyse der maßgebenden Umstände zeigt nun, daß man auch auf diesem Wege nicht über gewisse Höhen emporsteigen kann. In großen Höhen ist die Dichte der Luft und damit ihre Tragfähigkeit so stark vermindert, daß z. B. ein Ballon aus leichtem, gefirnisttem Seidenpapier, der keinerlei Gewicht zu tragen hat, ein Volumen von acht Millionen Cubikmeter haben müßte, um eine Höhe von 55 Kilometer zu erreichen. Der Durchmesser dieses Ballons würde beinahe die dreifache Höhe der Frauenkirche erreichen und die zur Füllung nöthige Menge Wasserstoff etwa 4 1/2 Millionen Mark kosten. Berücksichtigt man, daß ein Ballon noch außerdem Apparate tragen und dazu auch genügende Widerstandsfähigkeit haben soll, so kommt man zu dem Schlusse, daß in Höhen von ungefähr 25 bis 30 Kilometer sich gleichsam eine unsichtbare Decke durch die Atmosphäre zieht, die mit dem Ballon nicht zu durchbrechen ist.

Minister **Rehr**, v. Hammerstein erörtert die Schwierigkeiten, die dem Naturischen Kanal und der Regulierung der unteren Oder zur Zeit noch entgegenstehen.

Herr **Walbrecht** (nl.) plaidiert für die Vorlage und weist durch Berechnung nach, daß die Kosten der Anlage ziemlich hoch berechnet seien, so daß wohl Nachforderungen nicht zu befürchten seien. Das Fehlen des Naturischen Kanals in der Vorlage bedauern auch wir.

Herr **Rindler** (sonj.) befürwortet die Kanalisierung der Nehe.

Morgen 11 Uhr: Fortsetzung der Berathung.

Schluß 4 Uhr.

Der Krieg in China.

Nach einer Depesche aus Washington beklagt sich der Gesandte Conger bei seiner Regierung über seine üble Lage bei den Pekinger Verhandlungen, da Oesterreich, Italien, Belgien und Spanien jeden Vorschlag Deutschlands unterstützen und England wenigstens in den Hauptsachen gewöhnlich auf deutscher Seite steht. Auf diese Weise blieben Amerika, Frankreich, Rußland und Japan stets in der Minorität. Deutschland verlange nach wie vor die Verurtheilung Luans und Tschungsiangs zum Tode.

Der todtegelagte, aber noch immer die diplomatischen Verhandlungen leitende Li-Hung-Tschang beklagt sich, daß man an seiner Aufrichtigkeit seitens der Mächte zweifelte, nachdem er doch den Prinzen Chuan, einen Prinzen von königlicher Geburt geopfert habe. Li-Hung-Tschang erklärte alsdann, daß er vom Kaiser ermächtigt sei, die Todesurtheile, welche die Mächte verlangen, zu gewähren, ausgenommen die gegen den Prinzen Luau und den Herzog Lan. Diese sollen degradirt und verbannt werden; der russische, französische und amerikanische Vertreter sollen diese Vorschläge angenommen haben, während der deutsche Vertreter eine baldige Antwort seiner Regierung zu erhalten erkläre.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Das „wahre Christenthum“ im Sinne des Organs des „christlichen Metallarbeiter-Verbandes“. In der Nr. 2 dieses Organs ist folgender Blödsinn zu lesen:

„Denken wir uns einen Mann, der Mann, der mit Absicht Gottesleugner, Atheist sein will. Derselbe ist im allgemeinen ein ganz respektabler Mensch, seine „äußeren“ Handlungen stehen auch gar nicht mit den christlichen Grundfäden im Widerspruch. Er ist fleißig, nicht, raubt nicht, mordet nicht, ist kein Meideidiger, kein Ehebriecher, ist ehrlich im Handel und Wandel, ja, thut sogar noch mehr, giebt sein Vermögen den Armen, hilft den armen bedrängten Mitmenschen, wo er kann, opfert sich förmlich auf Tag und Nacht, um seinen Mitmenschen behilflich zu sein, ist ein solcher Mann nun ein Christ? Wir sagen nein, trotz seiner heroischen Tugenden, die er übt und die alle durch aus den christlichen Grundfäden „nicht widersprechen“, ist er doch kein Christ, denn das Wichtigste fehlt, nämlich die innere „Anerkennung“ der christlichen Grundfäden und Wahrheiten.“

Es kann also Jemand ein Schurke erster Größe sein, wenn er nur erklärt, ich glaube an die „christlichen Grundfäden und Wahrheiten“ und neben seiner Schurkerei auch in die Kirche geht, dann ist er ein wahrer Christ!

Schon gesprochen, wir danken dem christlichen Organ aufrichtig für diese Offenbarung.

Lokales.

Elberfeld, 6. Februar.

v. Zuschusskasse. Im Lokale des Herrn Stehr tagte gestern Abend unter dem Vorsitze des Herrn Stehr eine General-Versammlung der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse des Gemeindebezirks Elberfeld (Zuschusskasse). Der Jahresabrechnung des Kassiers entnehmen wir folgendes: Einer Einnahme von 2193 Mark 19 Pfg. stehen an Ausgabe gegenüber 2129 Mark 93 Pfg. Das Vermögen der Kasse beträgt gegenwärtig 1383 Mark 26 Pfg., sie hat im verfloffenen Jahr einen Ueberschuß erzielt von 360 Mark 93 Pfg. und ist somit der vorgeschriebene Reservefonds erreicht. An Krankenunterstützung hat die Kasse 1514 Mark ausgezahlt. Bogula beantragt Namens der Revisoren, der Gesamtvorstande Decharge zu ertheilen, was einstimmig angenommen wird. Als Bericht über die Thätigkeit des Ausschusses. Die Kasse habe im verfloffenen Jahre keinen Anlaß zu Sitzungen gegeben. Die Neuwahlen ergaben: S. Stehr, 1. Vor., J. Gewehr, 2. Vor., G. Tröddler 1. Kassier, W. Jung 2. Kassier, Aug. Vogel 1. Schriftführer, M. Bogula 2. Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt: J. Köbel, St. Trill und G. Hahn; in die Ausschuss-Kommission: H. Krah, F. Krielinghaus, Dröner und Kabe. Wegen den Antrag, die Kasse auf Varnen auszuweichen, war die Mehrheit des Vorstandes. Nach längerer Debatte wurde die ganze Angelegenheit dem Vorstände überwiesen, welche sie auf die Tages-Ordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen hat.

Provinzielles.

Honsdorf, 6. Febr. In der letzten General-Versammlung des Allgem. Arbeitervereins kamen erhebliche Klagen vor über die willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit, wie sie u. a. auch bei der Firma Carnap u. Sohn dekretirt worden ist. Da andere Vorgänge in letzter Zeit, z. B. bei der Firma Wollenberg ebenfalls die Kritik herausfordern und wieder Andere Berrichtungsarbeiten, welche sie früher bezahlt haben, nicht mehr bezahlen, so ist es notwendig, daß die Arbeiter diese Angelegenheiten einmal gründlich in einer großen öffentlichen Volksversammlung erörtern und auf Abhilfe dringen. Zu diesem Zwecke wird allen Arbeitern angerathen, das einschlägige Material zu sammeln und es sobald als möglich dem Vorstände des Allgem. Arbeitervereins zur Verfügung zu stellen, damit derselbe unverzüglich die nöthigen Schritte veranlassen kann. Die Hauptsache ist dabei, keine Zeit zu verlieren und frisch aus Werk zu gehen.

Honsdorf, 6. Februar. Was ist eine öffentliche Kollekte? Diese Frage ist wieder einmal in letzter Instanz durch das Königl. Kammergericht in Berlin in der Sitzung vom 7. Januar 1901 endgültig entschieden. Der Thatbestand ist folgender: Ein hiesiger Färber sammelte bei Gelegenheit des letzten Wuppertaler Färberstreiks bei Bekannten freiwillige Beiträge. Von einem Schutzmänn gestellt, erhielt er

nun eine Auflage wegen unerlaubten Kollektirens, die auch am hiesigen Schöffengericht zu einer Verurtheilung des Angeklagten zu 15 Mark Geldstrafe führte. In der Berufungsinstanz am Elberfelder Landgericht dagegen erfolgte Freisprechung, gegen welche die Staatsanwaltschaft Revision beim Kammergericht anmeldete. Letzteres verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft unter folgender Begründung:

„Daß der Angeklagte auch noch bei anderen ihm nicht bekannten Personen Beiträge gesammelt hat, hat der Vordichter nicht festzustellen vermocht. Auf diesen Thatbestand sind die angezogenen Regierungsverordnungen mit Recht nicht zur Anwendung gebracht.“

Eine Kollekte setzt begrifflich ein Einsammeln und Zusammenbringen von freiwilligen Beiträgen für einen bestimmten Zweck voraus. Es ist sonach erforderlich, daß derjenige, der kollektirt, mit dem Verlangen der Beiträge eine Mehrzahl von Personen angeht. Ein öffentliches Kollektiren findet dann statt, wenn die Aufforderung zu Beiträgen sich an einen nicht festbegrenzten Kreis von Personen wendet, die in seinen näheren Beziehungen, sei es der Bekanntheit der Arbeitsgemeinschaft oder anderer gleicher Art zueinanderstehen.

Da nun aber nur festgestellt ist, daß der Angeklagte von einer ihm bekannten Person einen Beitrag verlangt und erhalten hat, nicht aber, daß er eine weitere Thätigkeit des Einsammelns bei beliebigen andern Personen ausgeübt hat, kann von der Abhaltung einer öffentlichen Kollekte durch den Angeklagten nicht die Rede sein. Die Freisprechung ist daher mit Recht erfolgt und mußte die Revision zurückgewiesen werden.“

g. Wetmann, 5. Febr. Aus dem Gerichtssaal. Angeklagt waren die Herren Emil Birkensamp und Otto Kulp wegen Beleidigung unseres neuen Stadtbaumeisters. Ihr Verbrechen bestand in der Herausgabe eines Flugblattes, in welchem die Kenntnisse des vorgenannten Herrn beleuchtet wurden. In dem Flugblatt wird ihm vorgeworfen, daß unter seiner Leitung die städtischen Bauten, und insbesondere der neue Weg nicht so ausgeführt wurden, wie es die Bedingungen in dem Projekt vorschreiben, vielmehr sei aus Kosten der Steuerzahler mancher baumeisterliche Fehler gemacht worden. Unter anderem wurde durch eichid vernommene Sachverständige festgestellt, daß z. B. eine Mauer im Fundament 50 und auf dem Giebel 80 Centim. beträgt. Ernähmenswerth ist, daß Privatkläger die Schuld an derartigen Vorkommnissen auf die Baukommission bzw. Herrn Unternehmer hier abzuwälzen suchte. Die Bürger hatten die Verurtheilung zu sehen, wie die städtischen Gewalten zu Gunsten des Baumeisters votirten. Bemerkenswerth waren die Ausführungen des Vertreters des Privatklägers. Derselben nipfelte darin, daß der Bürger seine Steuern zahlen und im übrigen sich jeder Kritik an der städtischen Verwaltung enthalten solle. Das wäre also eine Variation des bekannten „Steuern zahlen und Maul halten.“ Es war ein großer Zeugenapparat geladen. Alle Zeugen bekundeten mehr oder weniger, daß das in dem Flugblatt Gesagte vollständig der Wahrheit entspricht. Wenn nun auch die Beklagten Birkensamp als Verleger und Otto Kulp als Drucker vorgenannt blattes bestraft wurden (Birkensamp erhielt 75 M. und Kulp 25 M.), so hat doch der Stadtbaumeister nicht die geringste Ursache, sich des Urtheils zu freuen, denn trotz des Reinwaschens seitens des Herrn Bürgermeisters hat das Gericht in seinem Urtheile festgestellt, daß wenigstens der Haupttheil des Flugblattes vollständig der Wahrheit entspricht. Aus diesem Grunde wurde ihnen denn auch der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) theilweise zuerkannt. Der Anisankwalt hatte 200 M. resp. 20 M. beantragt. Der Vertreter des Klägers beantragte eine hohe Gefängnisstrafe nebst Zahlung eines „Neuegeldes“ in Höhe von 500 M. aus dem Privatkläger. Wie verlautet, haben die beiden Verurtheilten Berufung gegen dieses Urtheil eingelegt.

Nachen, 5. Febr. Vom Innungsopferwesen. Während die Zwangsinnung der Polsterer und Dekorateur sich kürzlich aufgelöst, hat sich gestern eine Zwangsinnung der Konditoren neugebildet.

Verrine und Versammlungen.

Elberfeld, 4. Febr. In der letzten Holzarbeiterversammlung erstattete College Spindler Bericht über die stattgefundene Ganiskonferenz. Er schildert den würdigen Verlauf derselben, so daß sie auch fördernd für die Organisation im Gau wirken werde. Klage geführt wurde auf der Konferenz von den Delegirten des Ruhrreviers über das Verhalten der Polizei, welche dadurch, daß sie die Lokalinhaber beeinflusse, das Lokal nicht herzugeben und durch Verhängung der Schantperre den Kollegen hindernd in den Weg trete. Die nächstjährige Konferenz wird hier stattfinden. In den Gauvorstand wurden die Kollegen Riebel, Volte, Krüger und Krieger gewählt. Zu der am 10. Februar in Varnen stattfindenden Bauarbeiterkonferenz wurde der College Spiller delegirt. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß die Holzarbeiter der hier am Orte bestehenden Baukontrollkommission einen Jahresbeitrag von 20 Mark zu zahlen beschlossen haben. Der Arbeitsnachweis wurde im letzten Vierteljahre von 34 Arbeitgebern und 42 Arbeitnehmern benutzt. Die geringe Zahl der letzteren erklärt sich daraus, daß laut Jahresbericht des städtischen Arbeitsnachweises sich auch dort 266 Schreiner als arbeitslos gemeldet haben. Die nächste Mitgliederversammlung fällt aus.

Varnen, 5. Febr. In der letzten Mitgliederversammlung des Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Varnen, gab College Wilms die Abrechnung vom 4. Quartal 1900. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1012. Die Jahresrechnung zeigt den Verkauf von 45328 Beitragsmarken a 30 Pfg., das sind 13598 Mark 40 Pfg.; an die Hauptkasse wurden gesandt 10307 M. 94 Pfg. Streit-Unterstützung wurden gezahlt 291 M. 35 Pfg., Arbeitslosen-Unterstützung 275 M., Unterstützung nach § 2e 30 Mark. Die örtlichen Ausgaben betrugen 2741 Mark. Die Mitgliederzahl stieg von 603 auf 1012 am Schluß des Jahres. Nach Berufen vertheilt, ergibt sich folgendes Bild: Schlosser 394, Dreher 147, Klempner 85, Klempner 90, Schleifer 16, Schmiede 50, Formner 18, Wiefrierarbeiter 18, Sonstige Hilfsarbeiter 161. Die übrigen Mitglieder vertheilen sich auf 8 verschiedene Gruppen in Zahl von 1—8 Mann als Gelbgießer, Feilenhauer, Feiger, Metallarbeiter usw. — Zum 2. Punkt der T.-O., Stellennahme zu der von den Buchdruckern im Gewerkschaftsartikel beantragten Resolution kam es zu einer längeren Diskussion, an der sich neben den verschiedenen Mitgliedern auch der Buchdrucker Klopisch betheiligte. Von allen Rednern des Metallarbeiter-Verbandes wurde betont, möge auch die Handlung der Gewerkschaftsleitung der Leipziger Volkszeitung nicht einwandfrei sein, so sei doch die Kampfesweise des

Buchdrucker-Verbandes aufs Schärfste zu verurtheilen. In einer einstimmig angenommenen Resolution lehnte die Versammlung mit Rücksicht auf die Kampfesweise, die der Buchdruckerverband eingenommen, es ab, eine Sympathie-Erklärung für die Buchdrucker abzugeben.

Zum 3. Punkt wurde beschlossen, eine für den Niederrhein einzuberufende Konferenz zu beschicken, als Ort wurde Düsseldorf in Vorschlag gebracht. Der 4. Punkt „Stellung zur Generalversammlung“ wurde zur nächsten Versammlung vertagt. Ein Antrag fand Annahme, die Wahl der Delegirten in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Sonntags vorzunehmen.

Gerihtszeitung.

Kassel, 5. Febr. Heute Morgen wurde im Hofe des hiesigen Untersuchungsgefängnisses der Kutscher Alshauer aus Ammenhausen in Waldeck hingerichtet, der im April v. J. seine Geliebte, die Dienstmagd Anna Volkwein, im Walde erwürgt hatte, um ein reicheres Mädchen heirathen zu können. Es ist dies seit langen Jahren die erste Hinrichtung eines waldeckischen Staatsangehörigen, da der frühere Fürst stets von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht hat.

Tages-Chronik.

Braunshweig, 5. Febr. Heute sind hier zwei Schulknaben im Alter von 8 Jahren, die sich auf das morsche Eis der Oker gewagt, eingebrochen und ertrunken.

Wien, 5. Febr. Der aus Bremen nach Unterschlagung von 3000 M. geflüchtete Handlungsgehilfe Emil Lücke wurde hier verhaftet. Der größte Theil des Geldes wurde noch bei ihm vorgefunden.

Hume, 5. Febr. In der hiesigen chemischen Fabrik „Union“ fand eine Explosion statt, wobei ein Arbeiter getödtet und mehrere schwer verletzt wurden.

Civilstand der Stadt Elberfeld.

Angebote. 5. Febr. Sägenh. Vehl, Remscheid u. Bertha Jöges, Elberfeld. — Schneider Hl. Varnen u. Auguste Becken, Carlstr. — Bierb. Nieberlein, Varnen u. Maria Döll, Kastranenstraße. — Tagelöhner Welfa, Vogelshauerstr. u. Maria Jimpohl, Königsstr. — Fabrikarb. Bracht, Höchststr. u. Elise Büsch, Ostersbaumstr. — Fabrikarb. Geiger, Grimenwalderbergstr. u. Anna Feld, Höchststr. — Eisenbahnstationsskiff. Väter, Neu-Beckum u. Carol. Fischer, Varnen. — Kaufm. Eller, Düsseldorf u. Alexandrine Buchmann, Düsseldorf. — Kaufmann Linden, Köln u. Elisabetha Thelen, Köln.

Geburtsanzeigen. 4. Febr. S. v. Tagel. Karsties, Thiergartenstraße. — S. v. Schneider Wisse, Marienstr. — S. v. Oberlehrer Dr. phil. Koch, u. Nordstr. — S. v. Vando. Thöne, Ostersbaumstraße. — S. v. Schreiner Wimmer, Feldstr. — S. v. Fabrikarb. Bektou, Simonsstr. — S. v. Fabrikarb. Bomheuer, Carlstr. — S. v. Fuhrm. Born, Mittelstr. — S. v. Pfeffer Bergmann, Walzstraße. — S. v. Commis Schulte, Klurstr. — S. v. Landbriestträger Klein, Bomboldstraße. — S. v. Tagel. Dembach, Brüderstr. — S. v. Stellmacher Böder, Bomboldstraße. — S. v. Kaufmann Dill, Vöhlstr. — S. v. Fabrikarb. Reeb, Güterstr. — S. v. Knehlshöl. Bosh, Gerberstr. — S. v. Dekorationsmaler J. Boeser, Heinrichstr. — S. v. Kaufm. Bornvert, Brillerstr. — S. v. Fuhrmann Vastel, Grimenwalderbergstr. — S. v. Holzbidhauer Kehage, Kollerstr. — S. v. Speereichl. Redem, Odersstr. — S. v. Commis Krüger, Dachtstr. — S. v. Kaufm. Möbius, Klobahn. — S. v. Maschinenmeister Wetz, Kleeblattstr. — S. v. Fabrikarb. Laicheit, Amelnstr. — S. v. Maurer Rosenbaum, u. Dorrenberg. — S. v. Schlosser Biffant, Rügenberg.

Todesanzeigen. 4. Febr. Richard Anhäuser, Birt, 50 J., Chem., Kipdorfstr. — Wwe. Böder, geb. 78 J., nee Friedr. richteit, — Fritz Schwan, 1 J. 8 M., Berlinerstr. — Maria Woll, 5 Wch., Dachtstr. — Oskar Herziger, Schneider, 26 J., ledig, Friedr. richteit, — Elise Koch, 3 J. 3 M., alte Dorstr. — Aug. Belfondor, Schlossermeister, Wirt, 75 J., Kollerstr. — Wwe. Anton Groß, geb. 78 J., Jelenstr. — Antonius Bader, 1 J. 4 M., Parade-straße. — Walther Berger, 4 M., Alexanderstr.

5. Febr. Carl Bötschen, Fabrikarb., 20½ J., Klobahn. — Elise Heinrichs, geb. 77 J., ledig, Erholungsstraße. — Paul Jaspert, 21½ J., Arrenbergerstr. — Pauline Kleffmann, geb. 20½ J., ledig, am Hammerloch. — Emilie Löffing, 8 J., Marienstr. — Anna Lejewski, 11½ J., Nützenberg. — Erich Weßling, 7 Wch., Prinzenstr. — Carl Erken, Schneider, 36 J., Chem., Reibbahnstr. — Martha Stinder, 2½ J., Kollerstr. — Heinr. Mengedoth, Jiegarb., 25 J., Chem., Höchststr.

Briefkasten.

D. G. Die Freimaurerei hat ursprünglich einem guten Zweck gedient, nämlich der Vereinerung der Menschheit und deren Glückseligkeit zu befördern. Heute kann davon keine Rede mehr sein, denn erstens ist die Freimaurerei ziemlich bedeutungslos geworden und zweitens dient sie nicht mehr Allgemeininteressen, sondern persönlichen. Ihr ursprüngliches Dogma zwingt die Freimaurer zum Glauben an Gott, den Schöpfer (allmächtigen Baumeister) der Welt und Vater aller Menschen. Eine eigentliche Geheimlehre, von der jodel Unheimliches fabulirt wird, gibt es nicht. Sie betrachten sich als Brüder und leisten den Eid, keine Nothwehr auszusprechen, wenn sie sich nicht wirklich in Noth befinden. Erkennt aber ein Bruder, daß der andere sich in Noth befindet, so hat er die Pflicht, diesem zu helfen. Die gegenwärtige Unterhaltung und gegenwärtige Hülfe sind überhaupt heute der Hauptzweck der Logen; das Jodelle ist dem Materiellen längst gewichen. Ihre innere Organisation ist streng ceremoniell und die Art, wie sie ihre Lehren den Neueintretenden übermitteln, wie einer Lehrling, Geselle und Meister wird, wirkt mehr tonisch wie unheimlich. Dennoch haben sich gerade wegen dieser Ceremonien jene geheimnißvollen Sagen über die Freimaurerei ausgebildet und fortgewandelt, umso mehr, als die Logenbrüder thätiglich Berichtigung über die innere Vorgänge ihrer Loge geloben müssen. Doch, wie gesagt, es ist in dieser Beziehung sehr viel Schwundel und verrücktes Zeug verbreitet worden, wenn auch heute noch ihre Eide mit nicht ernst zu nehmenden Phantastereien verknüpft sind. Die Freimaurer betrachten es nämlich als ein Verbrechen, der Form nach von den uralten Gebräuchen abzuweichen. — Die Logen sind dem Vereinsgeiz unterstellt, aber sie werden nicht überwacht, obwohl sie sich heute zweifellos mit politischen Dingen beschäftigen. — Die Literatur über die Freimaurerei ist sehr reichhaltig, doch ist ein Theil der Schriften nur den Vertrauten zugänglich. Inbessenden behandeln die für die Öffentlichkeit bestimmten Schriften meist nur die Geschichte und den ursprünglichen ideellen Kern der Freimaurerei. Wir empfehlen Ihnen das im Verlage von Job. Sassenbach in Berlin erschienene und durch unsere Expedition zu beziehende Schriftchen: „Die Freimaurerei, ihre Geschichte, Thätigkeit und innere Einrichtung“. Preis 30 Pfg. Vergleichen Sie auch Leßing, „Ernst und Falk“, sowie Herder, Gespräche über Freimaurer.

Elberfeld-Bo

Erscheint jeden Samstag
anher Sonntags
Abonnementspreis 60
pro Monat in Elberfeld-
auswärts 70 Pfg.
Bei der Post unter Nr.
2 Mark pro Quartal
Einzel-Exemplar 10

Telegramm-Adresse
Presse Elberfeld

Orga

Haupt-Expedi

Die deutsche R

b. Der Reichst
die Verathung des
nach den Vorgänge
zu erwarten war,
einanderbefolgen.
mit denselben unzu
abgeschnitten. Wie
und zumal über
Strafgericht abgeha
über die deut
Zu Anfang d
hafte Verordnunge
von Sonnenb
Schweize seines
Althward als Reich
König im schäufst
übrigens längst be
der Gleichberechtig

Eine gebühren
Genosse Stadth
auf den sozialen
führte. Die Art u
heine dem Antje
entgegengetreten, si
Red h-Coburg u
Personen die Apoi

Nachdem das
Konferenz die re
lich wohlwollen
richtigsthab z p a h
tionen“ seiner Par
kannte Reichsgeri
postentfessens“ ge
„Damburger Nach
gegenüber dem S
wie stets eine rech
Reichstags, Gerich

Eine glänzende
Rechtsanwalt W o
die mündliche Erl
ministerr im
heit der Conf

Gesetz. Das Ge
erscholl, bewies,
sage des Rechtssta
eine Anzahl in
gangener Urtheile
die verschiedene P
nach, daß die fovi
nur allzuoft bloß

Abg. R i d e r
zapfungen Lieberm
entseffelte mit sein
der Rechten, daß i
energischen Einsich

Den such t
Gerichte und nam
halten, schiederte i
der als Ostpreuße

An
Dom

Verfluchter H
Abreise nach Dah
sie ihn durch mich
Weiten Dank
verwerthen werde
Ankunft über J
Quelle werden fö
Und an keine
Was auch m
Dert Justizrath.
Müller und ihre
können, habe es
Namen der junge
höre, weil ich w
Perz gewachsen is
zu berichten, was
sie wünscht. Sie
der Dame zu ert
Ich danke J
wirklich einen gro
geffen werde. B
Frau von Ju
das Verhältnis
Brandenburg; w
ihr sein, wenn si
irgend welche an
Leute gehabt hab
mir zu verschaff
Niederträchtig
Es kommt n
hat bei einer
Durchführung der
eine hohe Geldbu
von Maximilian